Moskaus Hass auf den Marxismus-Leninismus

Seite 5

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 36 vom ~~16. August~~ 6. September 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

"Sparprogramm" - Ausweg aus der Krise?

Raubzug gegen die Werktätigen

Das sogenannte „Sparprogramm", das soeben von der Bundesregierung mit großer propagandistischer Begleitmusik unter solchen Parolen wie z.B. „Jetzt müssen wir alle Opfer bringen" oder den Gürtel enger schnallen" bekanntgegeben wurde, um die Krise in den Griff zu bekommen und die Staatsfinanzen vor dem völligen Bankrott zu bewahren, ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein Programm der nackten, unverblümten Ausbeutung der Arbeiterklasse und der breiten werktätigen Massen in unserem Land durch den imperialistischen Staat.

Natürlich sind es nicht die Imperialisten, die die Zeche zahlen, ob sie nun Thyssen, Abs oder sonstwie heißen. Und es sind auch nicht die Chefs des DGB, die ebenfalls in den Aufsichtsräten der Banken und Konzerne sitzen und sich selbst ein ganzes kapitalistisches Imperium mit den Groschen der Arbeiter und ihrem Schweiß zusammengerafft haben. Und schon gar nicht der Kanzler und die Minister, die Abgeordneten, die sich, ohne rot zu werden, eine Diätenerhöhung nach der anderen genehmigen, die ihre „Beraterverträge" in der Tasche haben und auf Kosten des Volkes ein schönes Leben führen, während die Not und das Elend der breiten Massen ständig zunimmt.

Diese Leute brauchen sich allerdings keine Sorgen zu machen, sie werden ja gerade zu dem Zweck ausgehalten, um das Volk durch das parlamentarische Schauspiel zu betrügen. Etwa wie Finanzminister Apel, der noch Anfang des Jahres unverfroren behauptete: „Steuererhöhungen sind jetzt nicht drin," während in seinem Ministerium schon die entsprechenden Pläne ausgearbeitet wurden. Jetzt wird die Mehrwertsteuer erhöht und die Preise werden steigen. Jetzt werden die Steuern für Tabak und Alkohol erhöht, und die Preise dafür werden ebenfalls steigen.

Oder wie z.B. Bundeskanzler Schmidt selbst, der es wagte, im April auf Stimmenfang in NRW zu erklären: „Wir sind über den Berg" und immer neue Termine für den „Beginn des Aufschwungs" nannte, und jetzt sein Ausplünderungsprogramm mit den Worten ankündigte: „Wir sind ehrlich!"

Zahlen soll das Volk. Die Arbeiter, Angestellten, die Werktätigen, die Bauern, die Soldaten und die Studenten. Die Arbeitslosenversicherung ist pleite, weil es zuviele Arbeitslose gibt? Bitte sehr, dann werden eben die Beiträge um fast das Doppelte erhöht. Und was der Kapitalist zuzahlen muß, holt er sich durch die doppelte Ausbeutung dreifach wieder herein. Und als Druckmittel, um den Lohn zu drükken, dient das große Heer der arbeitslosen Kollegen. Prämien für die Zeitsoldaten? Voller Lohn von Anfang an? Gestrichen, und im Übrigen gibt es ja genug arbeitslose Jugendliche, die keinen anderen Ausweg sehen als sich, zu welchen Bedingungen auch immer, in der Bundeswehr zu verpflichten. Es werden noch mehr werktätige Bauern noch schneller ruiniert werden, und die Studenten, für die der BAFÖG-Satz schon jetzt kaum ausreicht, werden in Zukunft noch weniger bekommen und mit diesem wenigen noch schamloser zu Ruhe, Ordnung und Disziplin erpreßt werden.

Fortsetzung auf Seite 2



Über 5000 Menschen demonstrierten in einem riesigen Demonstrationszug in Frankfurt am Roten Antikriegstag gegen den imperialistischen Krieg.

Eine machtvolle Demonstration - Ein begeisternder Kongreß der ROTEN GARDE

Roter Antikriegstag 1975

Roter Antikriegstag 75: Kampf den beiden Hauptkriegstreibern in der Welt, dem sowjetischen Sozialimperialismus und dem USA-Imperialismus! Stärkt die weltweite Einheitsfront gegen die beiden Supermächte! Wen den Frieden will, muß gegen die beiden Supermächte kämpfen! Unter diesen gemeinsamen Losungen demonstrierten am 30. August in Frankfurt über 5000 Menschen gegen den imperialistischen Krieg, vor allem gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden imperialistischen Supermächte. Grundlage dieser machtvollen Demonstration bildete eine Aktionseinheit unserer Partei mit der GRF (KPD). Die Demonstration, die durch die Frankfurter Innenstadt und durch Wohnviertel Frankfurts führte, stieß bei der Bevölkerung auf großes Interesse.

Im Anschluß an diese großartige Demonstration begann in der Stadthalle Offenbach mit 2000 Teilnehmern der Jugendkongreß der Roten Garde „Jugend gegen den imperialistischen Krieg". Der Kongreß, an dem zahlreiche ausländische Delegationen teilnahmen, tagte am 30. und 31. August. In der begeisternden Atmosphäre des Kongresses sprach Genosse Ernst Aust zur Rolle der Jugend im revolutionären Kampf und über die besonderen Aufgaben der Roten Garde. Die erste zentrale Veranstaltung der Jugendorganisation unserer Partei wurde zu einer großartigen Demonstration der revolutionären Entschlossenheit und des internationalistischen Geistes der kommunistischen Jugend und zu einem großen Erlebnis für alle Teilnehmer. (Bericht S. 10).



Organ der Volksmacht in Vientiane errichtet

Laos ist befreit!

Vientiane, die Hauptstadt von Laos ist befreit! Unter der Führung der Laotischen Patriotischen Front hat damit das Volk im ganzen Land das Joch der amerikanischen Imperialisten und ihrer einheimischen Lakaien abgeschüttelt und den alten Verwaltungs- und Staatsapparat zerschlagen. Es hat die Macht selbst in seine Hände genommen und nun auch in der Hauptstadt seines Landes ein Revolutionäres Volksverwaltungskomitee als Organ der Volksmacht errichtet.

Um dieses Ereignis zu feiern, hatten sich am 23. August über 100000 Menschen in Vientiane zu einer großen Kundgebung versammelt. Phoun Sipaseuth, Vizepremier und Außenminister der Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit (PRNU) würdigte in seiner Rede die Befreiung des Landes als das Ergebnis des unbeugsamen, entschlossenen und heroischen Kampfes, den das laotische Volk seit über dreißig Jahren mit der Waffe in der Hand zunächst gegen die französischen Kolonialisten und dann gegen die amerikanischen Imperialisten, die in ihre Fußstapfen getreten waren, geführt hat. Er erklärte: *„Wo es Unterdrückung und Ausbeutung gibt, gibt es auch Widerstand und Kampf."* Jetzt haben sich die einstmals vom amerikanischen Imperialismus und seinen Lakaien unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen befreit. *„Die Diktatur über die Feinde ausüben und im Volk Demokratie üben"*, wie Phoun Sipaseuth in seiner Rede sagte, das ist das Wesen der Volksmacht, die dem Volk die Freiheit, Demokratie und Unabhängigkeit bringt.

Fortsetzung auf Seite 9

AUS DEM INHALT

Entlassungen und Stillegungen bei der Bahn

Vor kurzem wurden die Rationalisierungspläne des Verwaltungsrates der Bundesbahn veröffentlicht, durch die die mit 32 Milliarden verschuldete Bundesbahn aus den roten Zahlen herausmanövriert werden und zu einem rentablen Unternehmen gemacht werden soll

Derzeit sind ca. 400 000 Menschen bei der Bundesbahn beschäftigt. Während vor einiger Zeit die Bundesbahn mit dem Versprechen von einer „sicheren Zukunft" um Arbeitsplätze geworben hat, sollen nun rund 200 000 Beschäftigte bis 1985 ihren Arbeitsplatz verlieren. Gleichzeitig soll das Streckennetz, das zur Zeit 29 000 km umfaßt, reduziert werden. Drei Modelle werden vorgeschlagen: Reduzierung der Strecke auf 6 000 km bei 100 000 Beschäftigten oder Reduzierung der Strecke auf 10 000 km bei 170 000 Bundesbahnern oder Reduzierung der Strecke auf 15 000 km bei 250 000 Beschäftigten.

Die Kürzung der Strecke würde dazu führen, daß ganze Landstriche, besonders die ländlichen Gegenden, überhaupt keine Eisenbahnverbindungen mehr hätten und die Bevölkerung der kleinen Städte und Dörfer auf Busse, die selten fahren, oder eigene Wagen angewiesen wären. Besonders Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bayern und Hessen wären nach den Plänen betroffen. So könnte man nicht einmal mehr mit der Eisenbahn von Kiel nach Flensburg fahren. Auch die Strecke Stuttgart – Bodensee würde beispielsweise stillgelegt werden. Lediglich die Hauptstrecken in die großen Städte und Industriezentren sollen aufrechterhalten bleiben; denn sie sind für das kapitalistische Transportwesen wichtig.

Die Drohung mit der Entlassung von 200 000 Arbeitern und Angestellten ist ein ungeheurer Angriff auf die Werktätigen. Gleichzeitig würde sich die Arbeitshetze bei der Bundesbahn, die heute schon sehr groß ist, noch weiter steigern. So muß heute z.B. der Fahrdienstleiter von Warngau, wo das schwere Zugunglück im Mai mit 40 Toten passiert ist, bereits die Züge abfertigen, die Weichen stellen, Fahrkarten verkaufen und den Schreibkram erledigen. So muß es natürlich auch dazu kommen, daß die Sicherheit der Fahrgäste sowie der Beschäftigten der Bundesbahn noch geringer wird. Bereits 9 schwere Unfälle hat es in diesem Jahr gegeben, bei denen über 50 Menschen getötet worden sind. Gerade vorige Woche ist bei Diepholz wieder ein Unfall am Eisenbahnübergang passiert, bei dem vier Menschen im Auto zermalmt wurden.

Begründet werden diese Rationalisierungabsichten damit, daß die Bundesbahn sonst bankrott gehen würde, daß die Personal- und Materialkosten zu hoch seien und im Bereich des Personen-Nahverkehrs hohe Verlustgeschäfte gemacht werden. „Nehmen Sie den überall gepriesenen S-Bahn-Verkehr in München und im Rhein-Ruhr-Gebiet. Dies sind alles Verkehrsleistungen, bei denen wir im hohen Maße drauflegen. Im Münchner S-Bahn-Verkehr kommen wir auf 29% Kostendeckung", klagt Bundesbahnpräsident Vaerst. Aber für die Kapitalisten können sie teure 1.-Klasse-Intercity-Linien einrichten. Diese teuren Züge sind kaum belegt, während sich die Werktätigen in den Waggons drängeln und dafür auch noch teure Fahrpreise bezahlen müssen. Für die Kapitalisten ist die Bundesbahn nicht nur ein günstiges Transportmittel, denn sie haben zig Vergünstigungen für ihren Güterverkehr, sondern auch noch ein einträgliches Geschäft, denn zig Betriebe beliefern die Bundesbahn, wie z.B. Krupp oder andere Stahlmonopole, die Stahl für die Schienen usw. liefern. Für die teure Instandhaltung der Bundesbahn und z.B. die Elektrifizierung zahlen die Kapitalisten nichts; das soll der Staat den Werktätigen durch die Steuern abpressen oder durch die Fahrpreise, die sich ständig erhöhen, hereinholen und durch die Ausbeutung der bei der Bundesbahn beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Ca. 400 DM zahlt im Moment jeder Steuerzahler für die Bundesbahn. Während die Arbeiter und Werktätigen vom Staat für die Zahlung der Defizite ausgeplündert werden, macht die Kapitalistenklasse noch ihr Geschäft.

So muß sich das Defizit immer mehr erhöhen, und auch durch die Rationalisierungsmaßnahmen kann es nicht abgeschafft werden. Hat der Staat aus Steuermitteln vor ein paar Jahren noch 3,7 Milliarden DM in das Defizitloch der Bundesbahn gepumpt, so sind es 1974 bereits 10 Mrd. DM gewesen und bis 1979 wird mit 18 Mrd. DM gerechnet. Der Staat beutet als Instrument der Kapitalistenklasse in ihrem Interesse die Werktätigen aus.



Eine der Folgen der Rationalisierung bei der Bundesbahn.

Die Behauptung der modernen Revisionisten der D„K"P, daß die Verstaatlichung der Betriebe ein Schritt zum Sozialismus sei, erweist sich als Lüge. Solange wir in einem kapitalistischen Staat leben, nützt eine Verstaatlichung überhaupt nichts. Erst wenn die Arbeiterklasse die Staatsmacht durch die Revolution erobert hat, ist die Verstaatlichung der Betriebe eine Notwendigkeit zum Aufbau des Sozialismus. Die D„K"P stellt den Staat als klassenneutral hin, sie leugnet, daß der Staatsapparat ein Instrument der Bourgeoisie zur Ausübung ihrer Herrschaft über die Arbeiterklasse ist.

Für den Herbst haben die Bundesregierung und der Bundesbahn-Verwaltungsrat weitere Entscheidungen über die Rationalisierung bei der Bundesbahn angekündigt. Die Arbeiter und Angestellten, deren Arbeitsplätze bedroht sind, dürfen sich nicht darauf verlassen, daß die Bonzen der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, die lauthals gegen die Rationalisierungsabsichten protestiert haben, auch praktisch einen entschlossenen und unversöhnlichen Kampf dagegen aufnehmen werden. Sie werden vielmehr versuchen, sich als Arbeiterführer aufzuspielen, um jeden Kampf dagegen abzuwürgen. Die Kollegen müssen sich jetzt selbst auf revolutionärer Grundlage zusammenschließen und den Kampf gegen diese Angriffe aufnehmen.

Spanien

Weg mit den Todesurteilen

Tief getroffen durch den Kampf des spanischen Volkes gegen den Franco-Faschismus schlägt die Diktatur wild um sich. Ein Gesetz wurde erlassen, das in ganz Spanien praktisch den Ausnahmezustand verhängt. In Burgos wurde gegen zwei baskische Patrioten die Todesstrafe verhängt, gegen fünf Genossen der PCE/ML und der FRAP wurde vom Staatsanwalt die Todesstrafe beantragt.

Am Donnerstag wurde in Burgos von der faschistischen Klassenjustiz das Urteil gegen die beiden baskischen Freiheitskämpfer Garmendia und Ortagui verkündet, die von der Diktatur beschuldigt werden, den berüchtigten Folterer der Guardia Civil in Valle del Urola, Gregorio Posadas, hingerichtet zu haben. Beide, die durch barbarische Folterungen zu falschen Aussagen gezwungen worden waren, sollen durch das Würgeeisen ermordet werden.

Gegen fünf Revolutionäre, den 24jährigen Mechaniker Pablo Mayoral Rueda, gegen den Journalisten Manuel Blanco Chivite und seine 27jährige Frau Milagro Pons Guillen – sie haben eine zweijährige Tochter – sowie gegen den Arbeiter Jose Humberto Baena Alonso und gegen den 21jährigen Vladimiro Fernandez Tovar beantragte der Staatsanwalt in Madrid die Todesstrafe. Sie sind Mitglieder der FRAP und der KPSp/ML. Auch bei diesen Genossen, die so schwer gefoltert worden sind, daß die faschistische Diktatur nicht wagen konnte, Bilder von ihnen zu veröffentlichen, fabrizierte die faschistische Klassenjustiz angebliche Geständnisse.

Hinter diesem wilden Vorgehen der Franco-Diktatur verbergen sich Angst und Schrecken des faschistischen Regimes vor den immer schwereren Schlägen, die es durch den Kampf des spanischen Volkes für die föderative Volksrepublik erhält. Die große revolutionäre Bewegung Ende letzten Jahres, als hunderttausende Arbeiter in allen Teilen des Landes streikten und ihren Willen zum Ausdruck brachten, die faschistische Franco-Diktatur zu stürzen; die großen Streiks im Laufe dieses Jahres, die immer tiefere und breitere Verankerung der FRAP unter den Volksmassen, die unter der Führung der KPSp/ML für die föderative Volksrepublik kämpft; die Aufnahme des bewaffneten Kampfes gegen die Unterdrückungsorgane der faschistischen Diktatur durch die FRAP – all das treibt die Faschisten und ihre amerikanischen Oberherren in Spanien immer mehr in die Enge. Vergeblich suchen die Franco-Faschisten mit einem neuen Gesetz, das praktisch über Spanien den Ausnahmezustand verhängt, diese enge Verbindung zwischen den kämpfenden Volksmassen und seinen Revolutionären an seiner Spitze zu brechen. Nach diesem Gesetz wird der gerechte bewaffnete Kampf gegen die Feinde des Volkes mit der Todesstrafe verfolgt, bzw. allein die Verdächtigung, am bewaffneten Kampf teilgenommen zu haben, genügt den faschistischen Henkern, um Revolutionäre mit dem Würgeeisen ermorden zu können. Die faschistische Polizei erhält zudem durch das Gesetz die Möglichkeit, ohne richterlichen Befehl jederzeit Hausdurchsuchungen vorzunehmen sowie ohne Haftbefehl jedermann unbegrenzt in Untersuchungshaft zu werfen. Schwer bestraft werden sollen nach diesem Gesetz die Teilnahme an Demonstrationen, die Unterstützung von Revolutionären. Schon allein wer die Politik einer verbotenen revolutionären Organisation verteidigt, wer Kritik an den Terrorurteilen äußert oder sich in irgendeiner Weise mit den verurteilten Revolutionären solidarisch erklärt, soll künftig schwer bestraft werden.

Werden diese Maßnahmen den Kampf des spanischen Volkes ersticken können? Die spanischen Arbeiter haben darauf bereits ihre Antwort gegeben: Trotz des Ausnahmezustandes traten gegen die Todesurteile gegen Garmandia und Otargui im Baskenland über 30 000 Arbeiter in den Streik, 250 politische Gefangene haben einen Hungerstreik begonnen. Der Kampf des Volkes für die Freilassung der beiden zum Tode verurteilten Freiheitskämpfer, für die Freilassung der fünf Revolutionäre der FRAP und der KPSp/ML, die zum Tode verurteilt werden sollen, für die Freilassung aller politischen Gefangenen, der Kampf zum Sturz der franco-faschistischen Diktatur wird erst recht an Stärke und Schlagkraft zunehmen.

Auch in unserem Land findet der Kampf zur Rettung der mit dem Tode bedrohten Kämpfer Unterstützung. Zehntausende Flugblätter wurden gegen die Terrorprozesse verteilt, am 6 September finden in mehreren Städten Demonstrationen statt, Protestkundgebungen werden in allen Teilen Westdeutschlands und Westberlins abgehalten.

Bereits 1970, anläßlich des Burgos-Prozesses, gelang es durch den Kampf des spanischen Volkes wie durch die internationale Solidarität zu verhindern, daß 5 Freiheitskämpfer durch die Henker des faschistischen Franco-Regimes ermordet wurden. Unterstützen wir den Kampf, um die vom Tode bedrohten Revolutionäre zu retten, für die Freilassung aller politischen Gefangenen, für den Sturz der faschistischen Franco-Diktatur!

Raubzug gegen die Werktätigen

Fortsetzung von Seite 1

Das ist das wirkliche Gesicht der von den Ideologen der Bourgeoisie so sehr gepriesenen „sozialen Marktwirtschaft", in der „wir müssen alle Opfer bringen" nichts anderes heißt, als das Recht der Bourgeoisie, die Arbeiterklasse und alle Werktätigen bis zuletzt auszupressen. Die ganze Last der Krise auf die Schultern der Arbeiterklasse und aller Werktätigen abzuwälzen, das ist die Aufgabe dieser wie jeder anderen Regierung und des gesamten kapitalistischen Staates.

Für die Höchstprofite ihrer Herren, der westdeutschen Imperialisten, ist diese Regierung sogar bereit, den Todfeinden des deutschen Volkes, den russischen Sozialimperialisten, Tür und Tor noch weiter zu öffnen. Sie hat die Wirtschaftsverbindungen und den Export mit ihnen gesteigert und Helmut Schmidt traf sich sogar während seines Urlaubs zu Geheimgesprächen mit Vertretern russischer Banken.

Die Arbeiterklasse und alle Werktätigen werden gezwungen, „den Gürtel enger zu schnallen", ihr Leben wird immer schwerer werden und die täglichen Sorgen noch drückender. Aber dies wird unweigerlich Kampf, Empörung und Rebellion hervorrufen. Schon jetzt hat die Bourgeoisie eine gewaltige Propaganda entfacht, um diese Empörung in die „richtigen Bahnen" zu lenken.

Dabei spielen die modernen Revisionisten der D„K"P eine besondere Rolle. „Jetzt handeln und nicht paktieren"; „Führt Aktionen durch!" – mit solchen radikalen Parolen und einer „grundsätzlichen Kritik" am Kapitalismus versuchen sie, ihre verräterische Tätigkeit zu tarnen und sich an die Spitze der Arbeiterbewegung zu stellen. Ihre Forderungen sind z.B. Abrüstung und Verstärkung des Handels mit dem Osten, und sie hoffen, daß sie damit gerade jetzt viele Arbeiter und andere Werktätige über die imperialistische und sozialfaschistische Natur der Neuen Zaren im Kreml täuschen können.

Aber der Hauptinhalt ihrer gesamten Propaganda besteht im Kampf gegen die proletarische Revolution, in der Verwischung des Klassencharakters des kapitalistischen Staates, in der Schürung und Propagierung von Illusionen in das kapitalistische Ausbeutersystem, und das besonders Perfide ist eben, daß ihre Propaganda von „die Krise durch Abrüstung überwinden" usw. gleichzeitig unser Land sturmreif machen soll für die russischen Sozialimperialisten.

Die Bourgeoisie aber stellt die modernen Revisionisten groß heraus, während sie die Kommunisten wütend unterdrückt. Und keine Mark ist ihr zu schade, kein Aufwand zu groß, um ihren Unterdrückungsstaat noch besser gegen das Volk aufzurüsten – von „Chemical mace" bis zu den Maschinenpistolen der MEKs.

Aus Ausbeutung und Unterdrückung, Not und Elend führt nur der Weg der proletarischen Revolution, der Zerschlagung des Ausbeuterstaates und des ganzen kapitalistischen Systems, um die Freiheit zu gewinnen und den Sozialismus aufzubauen. Gerade jetzt, wo die Empörung wachsen wird und die modernen Revisionisten ihre verräterischen Aktivitäten verdoppeln, müssen wir die Notwendigkeit und den Nutzen der proletarischen Revolution für das Volk umso stärker propagieren.

Kurz berichtet

WESENDORF

Vor kurzem erschien die Nummer 1 der Soldatenzeitung Wesendorf der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML, „Die Rote Front". Die erste Nummer steht im Zeichen der Vorbereitung des Roten Antikriegstages und des Jugendkongresses der Roten Garde. Außerdem bringt die Zeitung eine Reihe von Beispielen dafür, wie im solidarischen Kampf der Mannschaften verschiedene Forderungen von Soldaten durchgesetzt werden konnten.



BRAUNSCHWEIG

Zum Gedenken an 10 von den Hitlerfaschisten ermordete revolutionäre Arbeiter und Arbeiterinnen aus Braunschweig fand von der Partei und der GRF (KPD) eine gemeinsame Demonstration statt. Beide Organisationen legten feierlich einen Kranz an den Gräbern der Ermordeten nieder. Im Anschluß an die Gedenkkundgebung der Partei hielt der VVN eine Kundgebung auf dem Friedhof ab. Es kamen wenige alte VVN-Mitglieder, dafür aber eine Reihe D„K"P-ler und „S"DAJ-ler. Während sie in ihrer Rede bei der Beschönigung des Faschismus so weit gingen, daß sie nur von „Opforn des Terrors" sprachen und noch nicht einmal das Wort Faschismus in den Mund nahmen, hetzten sie auf der anderen Seite offen gegen die Partei und den Marxismus-Leninismus. Um die Kränze vor den modernen Revisionisten zu schützen, hatte die Partei Kranzwachen aufgestellt. Wie richtig das war, zeigte sich daran, daß kurze Zeit nach der Kundgebung des VVN einige der „S"DAJ-ler zurückkehrten, aber dann anläßlich der Kranzwachen, auf Anweisung des D„K"P-Bosses Gmeiner unverrichteterweise wieder abziehen mußten.

WESTBERLIN

Am 23. 8. 75 fand von der Bezirksleitung Nord der Sektion Westberlin eine Veranstaltung zum Roten Antikriegstag statt. Diese Veranstaltung wurde durch verstärkten ROTEN MORGEN-Verkauf, durch Lit.-Tische vorbereitet. Auch bei den Aktivitäten zum 13. August war darauf hingewiesen worden. Auf der Veranstaltung, zu der rund 60-70 Freunde und Genossen kamen, konnte über gute Erfolge bei diesen Aktivitäten berichtet werden. So wurden an drei Tagen bei Verkaufseinsätzen über 100 Rote MORGEN verkauft, fast 1000 Zeitungen „Die Rote Garde" Nr. 1 verteilt und für 60 DM Literatur verkauft. Viele Kollegen gaben Spenden für den Roten Antikriegstag. Weiterhin wurden einige Kontakte geknüpft mit Menschen, die großes Interesse daran haben, die Partei zu unterstützen. Angespornt durch diese Erfolgsmeldungen verlief auch die Veranstaltung in sehr kämpferischer Stimmung. Auf der Veranstaltung wurden Beiträge über Albanien, über das Norwegenlager verschiedener marxistisch-leninistischer Jugendorganisationen und ein Bayernlager der Roten Garde Westberlin gebracht. Die Versteigerung eines Satzes albanischer Briefmarken schließlich ergab 550 DM.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund, Erscheinungsweise wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,–DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Erhöhung der Rentabilität heißt Steigerung des Profits

Jetzt sollen zwei für vier arbeiten

Mit ungeheurem Rationalisierungsterror versuchen die Kapitalisten, gerade angesichts der tiefsten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg, ihre Betriebe rentabler zu machen, um im unerbittlichen Konkurrenzkampf zu bestehen. Die Regierung pumpt Milliarden, derzeit wieder 5,5 Mrd. DM, aus den Taschen der Arbeiter in die Konzerne, um angeblich die Konjunktur wiederzubeleben und den Kapitalisten Anreize zur Investition zu geben.

Sie gibt vor, damit Arbeitsplätze zu schaffen und die Wirtschaft wieder aus der Krise herauszubringen. Doch dies ist nichts als Betrug, das spürt die Arbeiterklasse besonders in den Betrieben. Denn die Erhöhung der Rentabilität heißt Steigerung des Profits, heißt noch bessere Methoden zur verschärften Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter einzuführen.

Bei Mannesmann in Duisburg werden zur Zeit von der Walzstraße IV 20 Arbeiter abgezogen, und von der Schweißstrecke 120 Arbeiter. Das Ergebnis: An der Walzstraße sollen jetzt zwei Arbeiter die Arbeit von früher vier machen. An der Schweißstrecke zwingen die Kapitalisten 3 Kollegen 300 Tonnen zu fahren, während früher acht Arbeiter 100 Tonnen gefahren haben. Gleichzeitig werden noch ca. 54 Kollegen entlassen. Zeigt das nicht, wie mörderisch die Kapitalisten die Ausbeutung erhöhen, wie sie auch das Letzte noch aus den Arbeitern herauspressen, wie sie aus weniger Arbeitern in der gleichen Zeit mindestens das gleiche herausholen?

Auch bei Hoechst, wo jetzt weitere Kurzarbeit für Tausende und Entlassungen geplant sind, haben die Kapitalisten durch Einstellungsstop, Entlassungen und Umbesetzungen erreicht, daß in einigen Abteilungen acht Arbeiter die Arbeit machen müssen, die vorher zwölf Kollegen machen mußten. Gleichzeitig wird auch der Akkord auf die Spitze getrieben. Bei der AG Weser müssen die Schweißer, die vorher mit dem Schweißapparat 90 cm pro Stunde von den dikken Nähten geschweißt haben, jetzt z.B. 2,5 m pro Stunde schaffen.

Während in einigen Betrieben Sonderschichten abgeschafft, ja ganze Betriebe auf eine oder zwei Schichten umgestellt werden, fahren gerade die Automobilkonzerne wie Opel und VW Sonderschichten und Überstunden, obwohl vor kurzem erst tausende Automobilarbeiter durch die Abfindungsverträge auf die Straße gesetzt worden sind. Vielen Kollegen erscheint das widersinnig denn eigentlich könnten doch die entlassenen Arbeiter wiedereingestellt werden? So fordert die D„K"P auch sofort Abschaffung der 14 Sonderschichten und Einstellung der arbeitslosen Kollegen. Sie will die Illusion erzeugen, die Kapitalisten hätten genauso wie die Arbeiter ein Interesse daran, die Arbeitslosigkeit abzuschaffen und verschleiert damit die Unversöhnlichkeit des Widerspruchs zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse. Daß VW jetzt Sonderschichten fährt, zeigt vielmehr, daß vorher die Arbeiter auf die Straße gesetzt worden sind, nicht nur weil die Produktion zurückgegangen war, sondern ebenfalls um den Betrieb durchzurationalisieren. Für sie ist es profitabler, wenn wenige Arbeiter die gleiche Arbeit zu leisten haben und dazu noch Sonderschichten fahren müssen, als neue einzustellen. Was mit den arbeitslosen Arbeitern passiert, ist ihnen dabei natürlich vollkommen egal.

Um ihre Rationalisierungsmaßnahmen widerstandslos durchzusetzen, bedienen sich die Kapitalisten einerseits des DGB-Apparates und der modernen Revisionisten, die vor allem jeden revolutionären Kampf dagegen abzuwürgen versuchen und selbst z.B. Kurzarbeit und Entlassungen zustimmen, wie jetzt bei Klöckner in Bremen der D„K"P-Betriebsrat Röpke Kurzarbeit zugestimmt hat. Gleichzeitig benutzen die Kapitalisten die arbeitslosen Kollegen als Druckmittel. So wurden die Schweißer auf der AG Weser gezwungen, Überstunden und Überschichten zu machen mit der Androhung: „Wer am Wochenende nicht kommt, der fliegt." Als ein Kollege an einem Tag nicht kam, wurde er sofort entlassen. Die arbeitslosen Arbeiter werden auch dazu benutzt, um die Löhne zu drücken. So werden in einigen Betrieben die Löhne gesenkt, indem sie z.B. nur den Tariflohn zahlen und bei Einstellungen Kollegen erpressen, weil ja noch genug andere auf die Arbeit warten würden, so daß die Kollegen bedingungslos den Lohn annehmen müssen.

Diese Beispiele zeigen, daß die Rationalisierungen, die Investitionshilfen usw. nicht die Arbeitslosigkeit abbauen und die Krise beseitigen können, sondern die Krise verschärfe und das Elend der Arbeiter vergrößern. Die verschärfte Arbeitshetze hat bereits dazu geführt, daß alle sieben Minuten ein Arbeitsunfall, wobei hier nur die gemeldeten gerechnet sind, und alle zwei Stunden ein tödlicher Arbeitsunfall passieren.

Aus gesundheitlichen Gründen werden schon jetzt die Hälfte der Arbeiter zu Frührentnern werden, wie selbst der DGB feststellen mußte, neben allen anderen Problemen, die die Arbeitslosigkeit und der Rationalisierungsterror für die Arbeiterklasse bringt.

„Der Kapitalismus kann keinen Augenblick lang auf der Stelle bleiben. Er muß vorwärts, immer vorwärts schreiten. Die Konkurrenz, die sich in Zeiten der Krise, wie wir sie jetzt erleben, besonders verschärft, zwingt sie dazu, stets neue Mittel zur Verbilligung der Produktion zu erfinden. Die Herrschaft des Kapitals aber verwandelt alle diese Mittel in Werkzeuge zur weiteren Knechtung des Arbeiters."

„Das Kapital organisiert und regelt die Arbeit innerhalb der Fabrik zur weiteren Unterjochung des Arbeiters, zur Erhöhung; seines Profits. In der gesellschaftlichen Produktion als Ganzem aber bleibt und wächst das Chaos, während Millionen von Arbeitern hungern und zugrunde gehen, weil sie keine Arbeit finden." (Lenin, Bd. 20/S. 145)

Deshalb müssen alle Versuche, die Krise des Kapitalismus zu überwinden, fehlschlagen. Sie halten die Arbeiter davon ab, zu erkennen, daß erst mit der Zerschlagung des Kapitalismus, im Sozialismus, ein krisenfreies, gesichertes Leben möglich ist.

Kampf der Mieterhöhung im Ausländerwohnheim

Gegen Mieterhöhung im Ausländerwohnheim in Poll von KHD haben die türkischen Kollegen gemeinsam mit mehreren deutschen Kollegen den Kampf aufgenommen. Die Miete,die bisher 75 DM pro Arbeiter betrug, ist jetzt auf 90 DM erhöht worden. Die türkischen Kollegen müssen zu viert in einem Raum wohnen, so daß KHD 360 DM für ein Zimmer einstreicht.

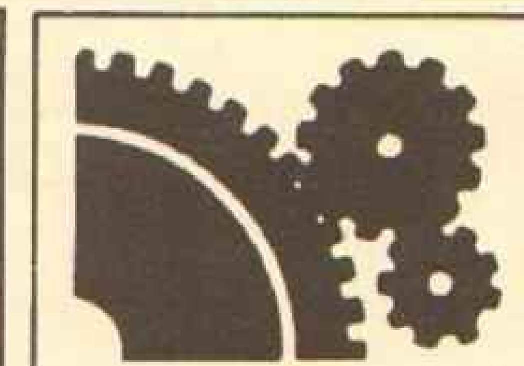
Dabei müssen die Arbeiter unter den menschenunwürdigsten Verhältnissen leben. Ungeziefer, keine Kühlschränke, keine Waschmaschinen, Bettwäsche wird selten gewechselt, zusammengepfercht zu viert auf einem Zimmer. „Schön, bequem, sauber", befand der DGB-Betriebsrat diesen Saustall und erklärte, die Mieterhöhung sei berechtigt. Gegen die Stimmen des Roten Betriebsrats und eines Betriebsrats der Metallerliste, setzte der DGB-Betriebsrat die Mieterhöhung durch.

Die türkischen Kollegen setzten sich zur Wehr, sie sammelten 400 Unterschriften, beriefen eine Versammlung ein, auf der auch deutsche Kollegen anwesend waren und stellten Forderungen auf: Sofortige Zurücknahme der unverschämten Mieterhöhungen! Renovierung der Räume! Aufstellen von Waschmaschinen und Kühlschränken! Bekämpfung des Ungeziefers! Wechseln der Bettwäsche alle 2 Wochen! Belegung der Räume mit 2 Arbeitern anstatt mit vier!

Gemeinsam mit dem Roten Betriebsrat bildeten sie eine Delegation von ausländischen und deutschen Kollegen und gingen zur Geschäftsleitung. Sichtlich erschrokken über die Kampfmaßnahmen der Kollegen, fühlte sich keiner der Herren verantwortlich, sie versuchten die Kollegen abzuwimmeln. Doch die blieben, bis einer der Herren den Forderungskatalog annahm. Aber die Unterschriftenliste, die die KHD-Kapitalisten gerne in die Hände bekommen wollten,erhielten sie nicht.

Mit hinterhältigen Tricks und reinsten Terrormaßnahmen versuchten die KHD-Kapitalisten gemeinsam mit dem DGB-Betriebsrat herauszufinden, wer die Kampfmaßnahmen organisiert hat, wer Unterschriften gesammelt hat, um gegen diese Kollegen vorzugehen, sie einzuschüchtern, um den entschlossenen Kampf zu zerschlagen. Die DGB Betriebsräte erklärten listig, sie müßten die Unterschriftenliste haben, denn so sei der Brief mit den Forderungen anonym. Die Roten Betriebsräte würden die Arbeiter für ihre Zwecke gebrauchen, hetzten die DGB-Betriebsräte, um die Roten Betriebsräte von den Arbeitern zu isolieren. Dem Roten Betriebsrat wurde dann Hausverbot für die Wohnheime erteilt. Die KHD-Kapitalisten ließen einzelne Kollegen in die Personalabteilung kommen, legten ihnen Bilder von vermeintlichen Unterschriftensammlern vor. So sollten sie ihre Kollegen denunzieren. Doch auch damit hatten die KHD-Kapitalisten keinen Erfolg, kein einziger verriet seine Kollegen. Die KHD-Kapitalisten beriefen eine Versammlung im Wohnheim ein, um so die ausländischen Arbeiter einzuschüchtern und festzustellen, wer die aktivsten Kämpfer sind, doch auch hier blieb ihr Erfolg aus.

Trotz dieses bisher erfolgreichen Kampfes gelang es den KHD-Kapitalisten, zwei deutsche Arbeiter zu entlassen und ihnen Werksverbot zu erteilen. Diese Entlassungen konnten noch nicht verhindert werden. Das zeigt aber, daß die Einheit und die Unversöhnlichkeit des Kampfes im weiteren Verlauf noch gesteigert werden muß. Die ausländischen Kollegen, die nicht nur im Betrieb als billige Arbeitssklaven mehr ausgebeutet werden als viele deutsche Arbeiter, die zu dem noch wie Tiere in den Ausländerheimen gehalten werden, haben den gleichen Feind wie die deutschen Arbeiter, die Kapitalistenklasse und ihren Staatsapparat. Deshalb müssen sich die deutschen und ausländischen Arbeiter im weiteren Verlauf des Kampfes noch entschiedener zusammenschließen.



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

KEIN ARBEITSLOSENGELD SONDERN – DOPPELT UND DREIFACH BETROGEN

Ich bin seit dem 1. Januar 1975 arbeitslos. Jedesmal wenn ich auf das Arbeitsamt ging, war es schon ziemlich voll, stundenlange Warterei und immer wieder die dummen Sprüche, ich müßte das doch verstehen, schlechte Zeiten usw. Ich hatte vorher ein halbes Jahr ein Praktikum bei einer Elektrofirma gemacht und stellte jetzt einen Antrag auf Arbeitslosengeld. Nach einem Vierteljahr kam die Antwort: Abgelehnt! Die drei Tage zwischen Weihnachten und Neujahr waren vorgearbeitet worden und standen deshalb nicht in meinen Papieren. Meine Praktikantenzeit war einfach um drei Tage verkürzt worden und die drei Urlaubstage, die ich noch hatte, wurden ausbezahlt.

Ich stellte dann einen Antrag auf Arbeitslosenhilfe. Damit fing der Papierkrieg erst richtig an. Mein Vater ist seit zwei Jahren tot. Meine Mutter bekommt Rente aus der landwirtschaftlichen Alterskasse (200 DM). Rente meiner Mutter, meiner Großmutter und „Vermögen" mußte ich bescheinigen. Das war nicht so einfach, weil meine Großmutter in einem Altersheim lebt. Schließlich hatte ich alles zusammen und meinen Antrag abgegeben. Letzte Woche – nach 8 Monaten – kam die Bewilligung, aber das Geld noch nicht. Darauf warte ich immer noch.

In der Zwischenzeit habe ich selbst versucht, Arbeit zu finden. Ich hatte Glück und wurde bei einer Firma eingestellt, die Telefonkabel verlegt. (Stundenlohn 8,30 DM) Am ersten Tag machten wir zehn Stunden, am zweiten elf. Ob uns das paßte, interessierte den Chef nicht. Manche Kollegen waren ohnehin schon sauer. Sie bekamen den Lohn als Verrechnungsschecks und noch keine Bank hatte diese Schecks eingelöst. Manche Kollegen hatten schon 6 oder 8 Wochen gearbeitet und noch kein Geld gesehen. So kam es am dritten Tag kurz nach dem Frühstück zu einem spontanen Streik,nachdem wieder ein Kollege gefeuert worden war, nachdem er sich beschwert hatte. Um es kurz zu machen: nach einer Stunde hatte der Chef die Streikfront gebrochen. Die Kollegen wurden regelrecht überrumpelt, es war für alle der erste Streik. Zwei wurden entlassen, einer davon war ich.

Jetzt habe ich die Abrechnung bekommen. Obwohl ich meine Papiere habe, ist nichts eingetragen. An und für sich wären das drei Tage gewesen, um Arbeitslosengeld beantragen zu können. Trotzdem wurden mir aber die Steuern abgezogen. Statt 8,30 DM wurden mir nur 6,60 DM ausgezahlt. Den Rest hat natürlich der Kapitalist eingesteckt, der den Lohn wieder mit Verrechnungsscheck gezahlt hat, den bislang noch keine Bank einlöst. Ihr könnt Euch vorstellen, daß ich ausgesprochen sauer bin. Erst schuftet man wie ein Verrückter, dann wird man doppelt und dreifach betrogen. Und solange diese Ausbeuter an der Macht bleiben, so lange wird sich so etwas immer wieder abspielen. Uns Arbeitern bleibt einfach keine andere Wahl, wenn wir jemals wie Menschen leben wollen. Wir müssen diese Verbrecher zum Teufel jagen, dann müssen wir diesen Staat zerbrechen und die Diktatur des Proletariats errichten.

THOMAS MUSS VERTRAUENSMANN BLEIBEN

Der kommunistische Kollege Thomas G. soll aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. Die Betriebsräte Kock und Mahler holten ihn hoch in ihr Büro und legten ihm einige Ausgaben der ROTE GARDE Zeitung „SCHLAG ZU" auf den Tisch. Er sollte sich von diesen Zeitungen distanzieren, doch Thomas distanzierte sich nicht vom Kommunismus.

Thomas ist Schiffbaulehrling und kämpfte schon seit längerem gemeinsam mit seinen Kollegen für die Wahl von revolutionären Vertrauensleuten in allen Bereichen bei den Lehrlingen. Durch den Druck der Kollegen konnten sie erreichen, daß in der letzten Woche die Wahlen stattfanden. Thomas und ein anderer Kollege wurden einstimmig zum V-Mann gewählt. Das war den IGM-Bonzen natürlich ein Dorn im Auge. Genau wie sie die revolutionären Jugendvertreter aus der IGM hinausgeschmissen haben, wollen sie auch Thomas aus der Gewerkschaft ausschließen, um sich eines revolutionären Vertrauensmannes zu entledigen. Doch die Kollegen ließen sich diese Drohung nicht gefallen. Mit 20 Mann gingen sie mittags zum Betriebsrat, um sich die Rechtfertigung dieser Provokation anzuhören. Der Betriebsrat hatte gerade Sitzung und weigerte sich, mit den Kollegen zu sprechen. Die Kollegen blieben entschlossen und wollten grad in die Sitzung hineinplatzen, da kam der Oberfürst Werner Peters und drohte: „Ich hole den Werkschutz, der Euch hier rausprügeln wird, wenn ihr nicht verschwindet."

Man sieht, wie diese Herren Betriebsräte vor nichts zurückschrekken, um sich im Interesse der Kapitalisten gegenüber den Kollegen durchzusetzen.

Rote Garde/ HDW Hamburg

UNGARISCHE ARBEITER AUF DER ZECHE

Ungarn, von der D„K"P als sozialistisches, krisenfreies Land gepriesen, exportiert Arbeiter nach Westdeutschland, genau wie Spanien oder die Türkei. Bei uns auf der Zeche General Blumenthal arbeiten zur Zeit 24 ungarische Kollegen. Sie sind bei einer Fremdfirma, von den Kollegen auch Sklavenhändler genannt, beschäftigt. Einjahresverträge wurden mit ihnen abgeschlossen. Während ihre Familien ausnahmslos in Ungarn leben, wohnen die ungarischen Arbeiter in Wanne Eickel in einem Heim zusammen. Ungarn exportiert Arbeitskräfte aber nicht nur nach Westdeutschland, sondern ebenfalls in die DDR, in die Tschechoslowakei, in die Sowjetunion. Die D„K"P nennt das „sozialistische Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe", aber das kann sie ja wohl kaum behaupten, wenn Ungarn Arbeitskräfte an die westdeutschen Imperialisten verkaufen muß. Diese Tatsache beweist, daß Ungarn weder ein sozialistisches noch ein krisenfreies Land ist, wie es die D„K"P behauptet. Ungarn ist genauso wie die anderen Ostblockländer ein Land, in dem der Kapitalismus wieder errichtet worden ist, eine neue Bourgeoisie die Arbeiter ausbeutet und das deshalb auch von Krisen heimgesucht wird und selbst Arbeitskräfte in andere Länder exportieren muß. Ein ungarischer Kollege verglich das mit Sklavenhandel.

Betriebszelle auf der Zeche General Blumenthal

Revisionistisches

D„K“P-REVISIONISTEN: „KEIN BAU VON ATOMBUNKERN!“

Daß das Geschwätz der D„K“P-Revisionisten über Frieden und Sicherheit, das sie ihren Oberherren in Moskau bereitwillig nachplappern, nicht nur leeres Lügengeschwätz ist, sondern sich direkt gegen die Interessen unseres Volkes nach mehr Sicherheit richtet, zeigt ein Kommentar in der UZ vom 23.8. Dort heißt es zum Bau eines Atombunkers in der Bonner Innenstadt: „In Helsinki gab es eine Konferenz über Sicherheit ohne Atombombenfurcht, und hier wird die Furcht vor einem Atomkrieg gezüchtet. Moskau und Washington kommen in ihren SALT-Verhandlungen schrittweise vorwärts, und in Bonn wühlt man im Untergrund."

Während angesichts der wachsenden Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte, den USA-Imperialismus und den russischen Sozialimperialismus, die Interessen unseres Volkes verlangen, daß Schutzmaßnahmen und günstige Bedingungen zum Volkskrieg gegen den imperialistischen Krieg erkämpft werden, schreien die D„K“P-Revisionisten: „Kein Atombunker!“

Daher gilt es gerade anzuprangern, daß einer der größten Atombunker ausgerechnet im Zentrum der Stadt Bonn entsteht, damit den hohen Herren der Regierung das Leben gesichert wird; daß staatliche Zuschüsse für Privatbunker der Kapitalisten gezahlt werden, die sich so etwas leisten könne, bzw. die sowieso schon ihren Düsen-Jet bereitstehen haben, um sich im Fall eines Krieges in friedliche Gegenden der Welt abzusetzen, während der Schutz des Volkes die Bourgeoisie nicht im geringsten interessiert. Unser Volk schutzlos der Aggression der beiden Supermächte auszuliefern, sowie der Bourgeoisie unseres Landes Unterstützung dabei zu geben, den Schutz der Bevölkerung als nutzlos hinzustellen, das ist die „Friedenspolitik“ der D„K“P – ein gefährliches revisionistisches Betrugsmanöver.

KORRUPTION IN DER “K“PDSU

Welche Auswirkung die völlige Verrottung der revisionistischen „K“PdSU hat, mußte kürzlich der Parteisekretär Koslow in Asserbeidschan bekanntgeben. Demnach sah sich das Zentralkomitee der revisionistischen Partei dieser Republik gezwungen, eine lange Liste führender Persönlichkeiten aus der Partei auszuschließen, weil sie allzu offen ihre Funktionen für sich ausgenutzt hatten und die Lüge von der angeblich kommunistischen Partei noch weniger glaubhaft machten. Zugleich aber nimmt die Zahl von Werktätigen erheblich zu, die von dieser revisionistischen Partei endgültig die Nase voll haben. Wie Koslow bekanntgeben mußte, haben seit 1972 nahezu 20 000 Mitglieder die Partei verlassen, das sind zehn Prozent der Gesamtmitgliederzahl der revisionistischen Partei dieser Republik.

DIE SÖHNE DER NEUEN BOURGEOISIE: HIPPIES UND GAMMLER

Wie die Zeitung „Der Weserkurier“ berichtet, halten sich zur Zeit in Rom zwei Hippies aus der Sowjetunion, Sascha Pennanen und Swetlana Markowa, auf. Beide, die sehr heruntergekommen sind, berichteten, daß es allein in Moskau zweitausend solcher Hippies gäbe. Es seien Söhne und Töchter führender Kreise, sozusagen der sowjetischen Funktionärsaristokratie, zu denen höhere Beamte und Parteisekretäre, Industriemanager und Hochschulprofessoren gehören. Die Jugendlichen zwischen 17 und 25 Jahren seien Kinder gutverdienender Eltern, die genügend Geld hätten, um sich praktisch alles leisten zu können. Sie gäben zum Beispiel den Monatslohn eines Arbeiters aus, um irgendein ausgefallenes englisches Modell aus der Londoner Carneby Street zu kaufen.

Ihr Bericht, wie ihre Erscheinung selbst, zeigen, daß diese Kinder der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion nicht weniger verrottet als ein von Bohlen und Halbach oder ein Gunter Sachs sind. Daß der „Protest“ dieser bourgeoisen Elemente gegen die Moskauer Regierung nicht das geringste mit dem Kampf der sowjetischen Arbeiterklasse gegen die sozialfaschistische Diktatur der Kremlzaren zu tun hat, bekennen sie offen selber: „Wir sind Antikommunisten“, erklärten die beiden Hippies, „Lenin ist für uns genauso unten durch wie Stalin.“

Altersheim Heilbronn:

Ein Gefängnis für alte Menschen

„Hab ich dafür mein ganzes Leben gearbeitet, um einmal so enden zu müssen?“ Diese Frage stellen sich viele alte Menschen, die gezwungen sind, in den Altersheimen zu leben, nachdem sie bis zuletzt versucht haben, ihre eigene Wohnung zu behalten und sich selbst zu versorgen. Sicherlich gibt es bei diesen Heimen Unterschiede, Unterschiede in Ausstattung, Verpflegung, Sauberkeit. Doch was ihnen allen gemeinsam ist: Es sind Abschiebestationen des Kapitals, wo die alten Menschen, nachdem sie ein Leben lang ausgebeutet worden sind, isoliert und entmündigt, nur noch auf den Tod zu warten haben. Und dafür haben die alten Menschen sogar noch ihre gesamte Rente abzuliefern.

Der Bericht einer Genossin, die in einem solchen Heim gearbeitet hat, zeigt, wie die Menschen dort behandelt werden, wobei dieses Heim sogar noch eines der „besseren“ ist. Denn welcher alte Mensch, selbst wenn er ein Leben lang seine Knochen für die Kapitalisten hingehalten hat, kann schon 1 200 DM Rente abgeben!

Einige Zeit habe ich in einem Altersheim bei Heilbronn gearbeitet. Bei diesem Haus handelte es sich um ein Stift, das schon einige hundert Jahre alt ist. Schon der alte Bau bringt für die Heimbewohnerinnen viele Beschwerlichkeiten mit sich. Da z.B. die alte, steile Treppe eine Gefahrenquelle darstellt, mußten die ca. 20 Heimbewohnerinnen und auch ich einen Wisch unterschreiben, mit dem wir erklärten, keinerlei Ansprüche zu stellen, falls es einmal zu einem Sturz käme.

Als ich diese Stelle als Aushilfskraft antrat, hatte ich keine Ahnung, welche Zustände dort wirklich herrschten, da mir die Oberin vorgegaukelt hatte, welch abwechslungsreiche und lehrreiche Arbeit



Im sozialistischen Albanien braucht sich niemand vor dem Alter fürchten. Im Gegenteil: In Albanien sprechen die Menschen vom „glücklichen Alter“. Jeder Veteran hat dort sein Auskommen und wird versorgt. Gerade den alten Menschen, die Jahre harter Arbeit und harten Kampfes hinter sich haben, gilt die Ach-Achtung und Verehrung. Doch die albanischen Veteranen müssen nicht abseits stehen und zusehen, wie die anderen arbeiten, sondern jeder von ihnen kann, je nachdem wie es ihm seine Kräfte erlauben, auch weiterhin beim Aufbau eines neuen Lebens mithelfen. Das Bild zeigt einen Veteranen, der durch seine Berichte über die heroische Vergangenheit des albanischen Volkes zur Erziehung der albanischen Jugend beiträgt.

ich ausüben könnte, und was die Bewohnerinnen doch für ein schönes Leben führten. Nach kurzer Zeit wurde mir klar, wie meine Arbeit aussah.

Für 5,50 DM Stundenlohn – brutto – hatte ich nur Arbeiten wie Kartoffelschälen, Geschirrspülen, Holz- und Kohleschleppen, Hof- und Straßenkehren zu verrichten. Obwohl ich vorher die hauswirtschaftliche, pflegerische und sozialpädagogische Berufsfachschule besucht hatte, durfte ich keinerlei entsprechende Arbeiten ausüben.

In den ersten Monaten bestand meine Arbeit darin, in den Speisekammern den einige Jahre alten Dreck zu beseitigen. Darunter fand ich z.B. in den Nudelvorräten und im Brotschrank Mäusedreck sowie durch Gift verendete Mäuse. Für ein solch unhygienisches Essen müssen die Heimbewohnerinnen dann solche Summen hinlegen!

Jeden Tag mußte ich mir anhören, daß ich für das viele Geld, das ich angeblich bekäme, viel zu wenig arbeiten würde. Und jeden Tag mußte ich Angst haben, daß mir plötzlich gekündigt wird. Von einigen Angestellten, die vor mir dort gearbeitet hatten, erfuhr ich zum Beispiel, daß ihnen fristlos gekündigt worden war, nachdem sie einmal krank gewesen waren. Mir selbst drohte man beispielsweise mit der Kündigung, als ich mich weigern wollte, an Ostern und Pfingsten jeweils beide Feiertage zu arbeiten. An dieser Stelle möchte ich noch erwähnen, daß ich keinen Zuschlag für Sonn- und Feiertage bekam und außerdem mir kein Feiertag bezahlt wurde, an dem ich nicht auch arbeitete. Da ich jeden Samstag und jeden zweiten Sonntag arbeiten mußte, hatte ich in vierzehn Tagen nur einen Tag frei – und das als Jugendliche!

Die Oberin meinte, sie könne mit mir umspringen, wie sie will, da ich die Jüngste sei und außerdem Außenseiterin in diesem Familienbetrieb. So wurde mir z.B. eine ganze Stunde Mittagspause abgezogen, tatsächlich aber hatte ich höchstens zehn Minuten Pause. Ich durfte in der Mittagspause nicht einmal auf den Bahnhof gehen, um mir eine Fahrkarte zu kaufen. Die größte Gemeinheit hat sich die Oberin allerdings erlaubt, als ich ein Zeugnis für meine künftige Ausbildungsstelle an einer Krankenpflegerschule verlangte. Damals hat sie kurzerhand das Zeugnis an die Krankenpflegerschule geschickt, ohne es mir vorher auch nur zu zeigen.

Genau so wie es mir ergangen ist, ergeht es den alten Heimbewohnerinnen, allerdings mit dem Unterschied, daß ich mir nicht alles gefallen ließ und mich wehrte, die alten Frauen aber der Heimleitung mehr oder weniger hilflos ausgesetzt waren.

Hier einige Beispiele dafür, wie in unserem Staat alte Menschen ausgenützt, schäbig behandelt und als unmündig auf das Abstellgleis geschoben werden.

Die Heimbewohnerinnen zahlen ungefähr 1 200 DM monatlich. Das Essen kommt das Stift auf ca. 2,80 pro Tag und Person, wobei die alten Frauen fürs Trinken noch extra von ihrem wenigen Taschengeld, das ihnen zugestanden wird, bezahlen müssen. Zudem müssen sie auch noch einige Leute vom Personal bestechen, mit der Hoffnung, dadurch etwas besser behandelt zu werden.

Den 20 Bewohnerinnen steht ein Bad zur Verfügung, in dem sie allerhöchstens einmal pro Woche baden können. Auch dafür müssen sie noch extra eine Mark pro Bad herausrücken.

Wie unmündig sie behandelt werden, zeigt, daß sie erst fragen müssen, wenn sie einkaufen wollen, daß die Oberin über sie lästert und sich vor allem über ihre Gebrechen lustig macht. Es wird den Stiftbewohnerinnen streng verboten, sich miteinander zu unterhalten und sich gegenseitig zu helfen. Dasselbe gilt für das Personal.

Wird schon relativ gesunden Heimbewohnerinnen jegliche Betreuung und Unterstützung versagt, können die Kranken erst recht auf nichts hoffen. Nicht einmal einfache pflegerische Leistungen dürfen erfüllt werden. Zum Beispiel ist es nicht gestattet, jemandem bei Krankheit das Frühstück ans Bett zu bringen. Der Grund ist der, daß die Frauen, wenn sie bettlägrig sind, einen Aufschlag von 100 DM bezahlen sollen, damit das Essen ins Zimmer gebracht wird.

Ärztliche Betreuung wird nicht etwa vom Altersheim organisiert, sondern jede muß selbst sehen, wie sie zu einem Arzt kommt. Die Leute sind regelrecht zum Sterben verurteilt, wie beispielsweise eine Frau, die nach einem überlebten Herzinfarkt einen Rückfall erlitt. Niemand hatte sich um sie gekümmert – obwohl die Oberin auf dem gleichen Stockwerk wohnt – und erst am Morgen wurde festgestellt, daß sie am Abend zuvor verstorben war.

Muß eine Frau mit Gebrechen zum Arzt oder in die Stadt , so wird verboten, daß eine andere Heimbewohnerin sie begleitet. Findet im Ort ein Nachmittag für alte Menschen statt, dürfen die relativ jungen gesunden Frauen die Gebrechlichen nicht mitnehmen. Und es ist allgemein nicht gern gesehen, wenn die Frauen zu solch einer Zerstreuung gehen.

Hier zeigt sich für jeden klar, was ältere Leute in einem Staat wie dem unseren zu erwarten haben, nachdem sie ein Leben lang für diesen haben da sein müssen. Wie anders ist es da im Sozialismus, im sozialistischen China und Albanien, wo die älteren Menschen voll im gesellschaftlichen Leben integriert bleiben und weiterhin ihre Fähigkeiten entsprechend ihrer Arbeit und Funktion für die Gesellschaft einsetzen. Daß ältere Leute sich körperlich nicht mehr so einsetzen können, ist klar, aber ihre Erfahrungen, die sie im Verlauf ihres Lebens und ihres Kampfes gewonnen haben, sind außerordentlich wichtig, gerade auch für die Erziehung der Jugend. Bei uns aber, im kapitalistischen System, wird geradezu ein Keil zwischen alt und jung getrieben, wird versucht, der Jugend das Prinzip des Kapitalismus einzuimpfen, daß der Mensch wie eine Ware zu behandeln ist; solange er über maximale Arbeitskraft verfügt, ist er etwas wert, wird er alt, ist er nur noch Ballast, dem man noch das letzte zu stehlen versucht, bevor man ihn wegwirft.

Vom Aufbau des Sozialismus

DAS ALBANISCHE VOLK STUDIERT DIE WERKE DER KLASSIKER

Um dem Bedürfnis des Volkes, die marxistisch-leninistische Theorie zu studieren, nachzukommen, sind in diesem Jahr viele Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin veröffentlicht worden.

Die Werke von Marx und Engels, die im „Verlag für politische Literatur“ und im „Verlag Naim Frasheri“ herausgegeben wurden, umfassen „Das Kapital“, Band1, 2 und 3, „Dialektik der Natur“, „Anti -Dühring“, „Das Elend der Philosophie“, „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“, und „Karl Marx, Ausgewählte Werke“, Bd. 1.

Damit wurden in der ersten Hälfte dieses Jahres mehr Werke von Marx und Engels veröffentlicht als in den vergangenen zwei Jahren.

Seit 1970 wurden von Lenin folgende Werke veröffentlicht: „Lenin, Gesammelte Werke“, Bd. 37, „Lenin, Ausgewählte Werke“, Band 3, „Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus“, „Staat und Revolution“ und „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“. Von Stalin wurde die Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialimus“ wieder aufgelegt.

Werke von Enver Hoxha, dem 1. Sekretär der Partei der Arbeit Albaniens, und Dokumente der Partei der Arbeit wurden ebenfalls gedruckt. Veröffentlich worden sind auch die Bücher „Mao Tsetung, Über die Partei“, „Mao Tsetung, Über Literatur und Kunst“ und „Mao Tsetung, Über Philosophie“.

In Fabriken, Bergwerken, landwirtschaftlichen Kooperativen, in Einheiten der Volksarmee, in Schulen und Regierungsorganen sind Studiengruppen der Partei organisiert worden, um das politische und ideologische Bewußtsein der Kader und der werktätigen Massen zu heben. Diese Studiengruppen studieren eifrig die marxistisch-leninistische Theorie sowie Werke des Genossen Enver Hoxha in enger Verbundenheit mit der gegenwärtigen Situation und den anstehenden Aufgaben. Im Kampf gegen Bürokratismus und zur inneren Stärkung der Bewegung zur Revolutionierung unternehmen die albanischen Kader große Anstrengungen beim Studium der marxistisch-leninistischen Theorie über die Diktatur des Proletariats, über die Rolle des Staates und über den Klassenkampf.

ALBANISCHE JUGEND UNTERSTÜTZT ERNTEKAMPAGNE

Um die landwirtschaftliche Gesamtproduktion in möglichst kurzer Zeit und mit größtmöglichem Erfolg zu steigern, werden in Albanien an der Front der landwirtschaftlichen Produktion zahlreiche Aktionen unternommen. So nehmen tausende Jugendliche aus den verschiedenen Bezirken des Landes, nachdem sie freiwillig an der großen Ernte- und Dreschkampagne mit-



gewirkt haben, jetzt auch an weiteren Aktionen mit konzentriertem Schlag teil, um verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse zu ernten. Die gemeinsame Arbeit der jugendlichen Aktionsteilnehmer, der Arbeiter, Genossenschaftsbauern und Schüler festigt in ihnen den Kollektivgeist und den Geist der Solidarität im Namen des Allgemeininteresses.

Berichte über Bauernaufstände in der VR China

Die Imperialisten träumen vergeblich vom Umsturz!

Gegenwärtig sind die bürgerlichen Zeitungen bei uns voll mit Meldungen und Berichten, die die weltweite Krise des Kapitalismus dokumentieren, auch wenn sie sie eigentlich zu verschleiern suchen. Gleichfalls hören wir immer wieder von den zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjetunion und anderer revisionistischer Länder. Zur Zeit wird gerade vor der gesamten Welt erneut offenkundig, daß die Machthaber im Kreml und der wiedererrichtete Kapitalismus in der Sowjetunion nicht einmal in der Lage ist, die werktätigen Massen in der Sowjetunion ausreichend mit Brot zu versorgen. Die Breschnew-Clique muß die US-Imperialisten um Millionen Tonnen Weizen anbetteln. Dagegen müssen selbst bürgerliche Zeitungen weitgehend zugeben, daß in der VR China nicht nur neue Rekordernten erzielt wurden, sondern daß auch in allen Bereichen der industriellen Produktion ständige Fortschritte und Erfolge bei der Erfüllung und Übererfüllung der Planziele zu melden sind. Diese Tatsachen tragen dazu bei, daß die Ausstrahlungskraft des realen Sozialismus in der VR China wächst, daß immer mehr Menschen am chinesischen Beispiel die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus erkennen.

Deshalb verstärkt die Bourgeoisie die antichinesische Hetze. Massiert erscheinen Artikel in der bürgerlichen Presse, in denen die Diktatur des Proletariats in der VR China angegriffen und verleumdet wird. Diese antikommunistische Kampagne, die vor allem auch von den modernen Revisionisten mitgetragen wird, versucht vor allem, die großartigen Erfolge, die das chinesische Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas beim Aufbau des Sozialismus und bei der Verteidigung und Festigung der Diktatur des Proletariats erzielte, herunterzuspielen und unter einem Wust konterrevolutionärer Hetze zu verbergen.

Besagte Hetzartikel greifen angebliche oder tatsächliche Erscheinungen des Klassenkampfes in der VR China an. Dabei ist es völlig unerheblich, ob diese angeblichen Berichte völlig frei erfunden sind und sich ausschließlich auf die bekannten schmutzigen Quellen Taiwan und Hongkong berufen, oder ob in ihnen ein Kern Realität enthalten ist. Das Strickmuster aller Artikel ist gleich. Behauptet werden Streiks, Bauerndemonstrationen, Unruhe unter den Werktätigen. Die Ursache? – Die Arbeiter rebellieren gegen geplante Veränderungen am achtstufigen Lohnsystem, sie verlangen für überdurchschnittliche Leistungen materielle Anreize, fordern Bezahlung von Mehrarbeit, die Bauern kämpfen gegen geplante Abschaffung von Privatparzellen, fordern die Erweiterung der privat bewirtschafteten Anbaufläche usw. So schreibt das „S"ED-Zentralorgan „Neues Deutschland": „Das sozialistische Prinzip der Verteilung nach der Leistung wird in großen Kampagnen, wie der Kritik an Lin Biao und Konfuzius" als bürgerlich und dem Mao-Regime feindlich diffamiert und daher beseitigt. Arbeiter, die für höhere Arbeitsleistung höheren Lohn erwarten, werden beschuldigt, den ‚Kapitalismus restaurieren zu wollen'. In den Massenmedien propagiert die Mao-Gruppe die Abschaffung materieller Stimuli (Anreize – RM) in allen Bereichen der Volkswirtschaft ..."

Es ist sicher kein Zufall, daß sowohl die westdeutschen Imperialisten als auch die neue Bourgeoisie in der DDR sich diese Fragen ausgesucht haben, um das Märchen vom wachsenden Widerstand der chinesischen Werktätigen gegen die Diktatur des Proletariats aufzutischen. Es ist bekannt, daß diese Fragen auch in der Weisung des Vorsitzenden Mao, die Theorie der Diktatur des Proletariats gut zu studieren, angesprochen wurde, daß der Vorsitzende Mao diese Fragen im Hinblick auf die Notwendigkeit, das bürgerliche Recht einzuschränken, angeschnitten hat. Der Vorsitzende Mao stellte fest: „China ist ein sozialistisches Land. Es war vor der Befreiung so gut wie kapitalistisch. Jetzt noch wird ein Lohnsystem von 8 Stufen praktiziert, eine Verteilung jedem nach seiner Leistung und Austausch mittels Geldes, bei alldem gibt es nicht viel Unterschied zur alten Gesellschaft. Der Unterschied ist, daß die Eigentumsverhältnisse verändert worden sind." „Unser Land praktiziert gegenwärtig unter anderem ein Warensystem, auch das Lohnsystem ist ungleich, wie das achtstufige Lohnsystem. Unter der Diktatur des Proletariats können diese nur eingeschränkt werden."

In seinem Artikel „Über die soziale Basis der parteifeindlichen Lin-Biao-Clique" schreibt Genosse Yao Wen-yüan zur Bedeutung dieser Frage: „In der sozialistischen Gesellschaft existieren noch zwei Arten des sozialistischen Eigentums, nämlich Volkseigentum und Kollektiveigentum. Das bedingt, daß unser Land heute ein Warensystem praktiziert. Sowohl die Analyse Lenins als auch die des Vorsitzenden Mao zeigen, daß das bürgerliche Recht, das im Sozialismus bei Verteilung und Austausch unvermeidlich fortbesteht, unter der Diktatur des Proletariats eingeschränkt werden muß, damit sich im Verlauf der langwierigen sozialistischen Revolution die drei großen Unterschiede (zwischen Arbeitern und Bauern, zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit) und die Unterschiede zwischen den verschiedenen Stufen Schritt für Schritt verringern, damit allmählich die materiellen und ideologischen Voraussetzungen für die Aufhebung dieser Unterschiede geschaffen werden. Würden wir nicht diesen Kurs verfolgen, sondern im Gegenteil die Festigung, Ausweitung und Stärkung des bürgerlichen Rechts fordern und jener Ungleichheit, die seine Folge ist, dann wäre eine Polarisierung unvermeidlich. Das heißt: Wenige Leute würden im Zuge der Verteilung durch bestimmte legale Kanäle und viele illegale eine immer größere Menge an Waren und Geld erlangen; von solchem „materiellen Anreiz" angeregte kapitalistische Ideale wie persönliche Bereicherung, Ruhmsucht und Gewinnstreben würden uneingeschränkt um sich greifen; Erscheinungen wie private Aneignung von Gemeineigentum, Spekulation, Unterschlagung, Korruption, Diebstahl und Bestechung würden sich ausbreiten; das kapitalistische Prinzip des Warenaustausches würde in das politische Leben und sogar in das Parteileben eindringen, die sozialistische Planwirtschaft zersetzen und würde solche Akte der kapitalistischen Ausbeutung ermöglichen wie Umwandlung von Waren und Geld in Kapital und Umwandlung der Arbeitskraft in eine Ware; der Charakter des Eigentumsystems würde sich in denjenigen Abteilungen und Einheiten ändern, die der revisionistischen Linie folgen und erneut würden Fälle der Unterdrückung und Ausbeutung der Werktätigen eintreten. Als Folge würde aus Parteimitgliedern, Arbeitern, wohlhabenden Bauern und Mitarbeitern der Staatsorgane eine Anzahl neuer bürgerlicher Elemente und Emporkömmlinge entstehen, die das Proletariat und die Werktätigen verraten. Mit Recht haben unsere Arbeitergenossen gesagt: ‚Wird das bürgerliche Recht nicht eingeschränkt, so wird es die Entwicklung des Sozialismus einschränken und die Entwicklung des Kapitalismus fördern.' Wenn die ökonomische Stärke der Bourgeoisie bis zu einem bestimmten Grad entwickelt ist, werden ihre Agenten die politische Herrschaft beanspruchen, den Sturz der Diktatur des Proletariats und des sozialistischen Systems anstreben, das sozialistische Eigentum von Grund auf umwandeln und offen das kapitalistische System wiederherzustellen und zu entwickeln suchen. Einmal an der Macht, würde die neue Bourgeoisie zu allererst das Volk blutig unterdrücken und im Überbau, einschließlich aller Bereiche von Ideologie und Kultur, den Kapitalismus restaurieren. Danach würde sie die Produkte je nach Kapital und Macht unter sich aufteilen, und das Prinzip ‚Jedem nach seiner Leistung' bestünde nur dem Schein nach weiter, während eine Handvoll neuer Bourgeois, die die Produktionsmittel monopolisieren, gleichzeitig auch die Macht über die Verteilung der Konsumgüter und der anderen Produkte allein kontrolliert. Genau das nämlich ist der Vorgang der Restauration, der in der Sowjetunion bereits stattgefunden hat." (S. 7ff)

Es ist kein Wunder, daß diese klare Analyse, aus der hervorgeht, daß die Arbeiterklasse auch unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats am Klassenkampf festhalten muß, daß sie stets wachsam sein muß gegenüber den Überresten der alten Ausbeuterklassen und gegenüber neu entstehenden bürgerlichen Elementen, um die Diktatur des Proletariats zu verteidigen und im Kampf gegen alle äußeren und inneren Feinde zu festigen, auf den wütenden Haß der Imperialisten, Sozialimperialisten und modernen Revisionisten stößt. Die modernen Revisionisten berufen sich dabei demagogisch auf Lenin und behaupten, zur Verteidigung des Prinzips: „Jedem nach seiner Leistung" angetreten zu sein. In Wirklichkeit hat Lenin selbst darauf hingewiesen, daß dieses Prinzip Ausdruck der Tatsache ist, daß der Sozialismus den Übergang zwischen Kapitalismus und Kommunismus markiert. Die modernen Revisionisten aber schwingen sich im Chor mit den Imperialisten zu Verteidigern jener Erscheinungen der sozialistischen Gesellschaft auf, die die Muttermale der alten kapitalistischen Gesellschaft darstellen. Sie bekämpfen alle Erscheinungen, die Ausdruck für die Weiterführung des Klassenkampfes bis zur Erringung des Kommunismus sind. Das Ziel des Kommunismus aus dem Auge zu verlieren, stattdessen aber die Überreste des Kapitalismus zu pflegen und zu hegen – das ist der erste Schritt auf dem Weg der Wiedererrichtung des Kapitalismus.

Dieses Vorgehen ist nicht neu. Vor der Großen Proletarischen Kulturrevolution setzten Imperialismus und Revisionismus ihre Hoffnungen auf Liu Schao-tschi, zu dessen Programm der Restauration ebenfall die Erweiterung der Privatparzellen und die Verstärkung des materiellen Anreizes gehörte. Als dieses bürgerliche Hauptquartier in der Großen Proletarischen Kulturrevolution zerschlagen wurde, tobte die gesamte Weltreaktion, China würde im Chaos versinken. Dann verkörperte Lin Biao die Hoffnungen aller Reaktionäre. Als er entlarvt wurde, sahen Imperialismus und Revisionismus finstere Zeiten für China anbrechen. Das Beispiel des sozialistischen China aber strahlt heute heller denn je, während die Hoffnungen von Imperialismus und Sozialimperialismus auf eine Zerschlagung der Arbeiter- und Bauernmacht in China einen Bankrott nach dem anderen erlitten haben.

Genauso verhält es sich mit der gegenwärtigen antichinesischen Kampagne. Auch sie ist vor allem ein Ausdruck der Verzweiflung, die die gesamte Weltreaktion erfaßt hat, denn ihre Hoffnung auf einen Umsturz in der Volksrepublik China hat erneut eine schwere Enttäuschung erlitten: Die Weisung des Vorsitzenden Mao, die Theorie der Diktatur des Proletariats gut zu studieren, hat in der gesamten Volksrepublik China eine breite Massenbewegung entfacht, in der die Muttermale der kapitalistischen Gesellschaft eingeschränkt, die Wachsamkeit gegen vorhandene oder in der Entstehung begriffene bürgerliche Elemente verschärft, die Diktatur des Proletariats gefestigt wird. Das ist ein neuer Sieg der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao.

Hetztriaden gegen die KP Chinas

Moskaus Hass auf den Marxismus-Leninismus

Einen Aufruf zur „Zerschlagung des Maoismus" veröffentlichte die „K"PdSU in ihrem theoretischen Organ „Kommunist". Nun ist es inzwischen schon fast an der Tagesordnung, daß die Neuen Zaren im Kreml wütende Hetztiraden gegen die VR China, die Kommunistische Partei Chinas und vor allem gegen den Vorsitzenden Mao Tsetung richten. Aus den letzten Haßausbrüchen der Kremlfaschisten aber spricht darüberhinaus ihr Entsetzen vor dem unaufhaltsamen Erstarken der marxistisch-leninistischen Weltbewegung.

Daß der Haß der Moskauer Sozialfaschisten sich vor allem gegen die KP Chinas und den Vorsitzenden Mao richtet, ist klar. Gemeinsam mit der Partei der Arbeit Albaniens und dem Genossen Enver Hoxha führte die KP Chinas mit dem Vorsitzenden Mao an der Spitze seit der revisionistischen Machtergreifung einen schonungslosen Kampf zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus, zur Entlarvung aller Verbrechen von Chruschtschow, Breschnew und Konsorten an den Interessen der internationalen Arbeiterklasse und der Völker der Welt. Mit der Entwicklung der Sowjetunion zu einer sozialimperialistischen Supermacht trat die VR China sofort dem Hegemoniestreben der Neuen Zaren entgegen. Heute steht die VR China, geführt von der Kommunistischen Partei, an der Spitze des Kampfes der Völker gegen die beiden Supermächte.

Gleichzeitig hat der mutige Kampf der KP Chinas gegen den Verrat der Chruschtschow-Clique in allen Ländern den wahren Marxisten-Leninistem eine unschätzbare Hilfe gegeben und in vielen Ländern konnte sich auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und der Mao Tsetung-Ideen im Kampf gegen den modernen Revisionismus die neuen marxistisch-leninistischen Partein bilden – in Deutschland die KPD/ML. In einigen Ländern konnten alte Parteien erfolgreich ihr revolutionäres Erbe verteidigen und die Verräter und Parteigänger Moskaus hinaussäubern. Heute wächst und erstarkt die marxistisch-leninistische Weltbewegung. Darum zetern die Kremlzaren, „Peking" versuche, „eine maoistische internationale Bewegung" zu schaffen. Darum schreiben sie, der „Maoismus sei nicht nur eine direkte Bedrohung des Weltkommunismus, sondern ganz allgemein des Weltfriedens und aller Staaten, ungeachtet ihrer Gesellschaftsordnung." „Ungeachtet ihrer Gesellschaftsordnung" – das heißt ja dann wohl, eingeschlossen die imperialistischen Staaten. Der „gegen den Kommunismus gerichtete Maoismus" soll also nach Moskauer Ansicht auch gleichzeitig gegen den Imperialismus gerichtet sein? – Darauf läßt sich schlecht ein Reim machen. In Wirklichkeit ist es so, daß die russischen Sozialimperialisten und alle Parteien des modernen Revisionismus die Todfeinde des Kommunismus sind, die immer offener dazu übergehen, mit allen anderen Imperialisten und der gesamten Reaktion sich gegen die kommunistische Weltbewegung zu verbünden. Diesen Wunsch nach einer Einheitsfront der Konterrevolution hat Moskau hier erneut bekräftigt.

Wenn die Moskauer Herren die revisionistischen Parteien der ganzen Welt auffordern, ihre „ideologische, theoretische und praktische Aktivität auf die Zerschlagung des Maoismus" zu richten, dann müssen wir das natürlich sehr ernst nehmen. Wir wissen, was das bedeutet. Es bedeutet, daß die modernen Revisionisten auch bei uns noch stärker ihr sozialfaschistisches Wesen nach außen kehren werden: Denunziationen bei Betriebsleitungen, beim Staats- und Gewerkschaftsapparat, Mordanschläge usw.

Andererseits sehen wir, daß der russische Sozialimperialismus in ein immer größeres Dilemma gerät. Seine Drohungen man dürfe dem „Maoismus gegenüber keine neutrale oder versöhnlerische Haltung einnehmen", verraten nicht zuletzt auch den Widerspruch im eigenen Lager. Der Breschnew-Clique ist es bis jetzt nicht gelungen, unter ihren sogenannten „Bruderparteien" eine gemeinsame Verurteilung der KP Chinas durchzusetzen. Beispielsweise drängen die französischen und italienischen Revisionisten in die Regierungsbänke und haben keinerlei Interesse, sich auch noch durch allzu große Moskauhörigkeit um ihre Chancen zu bringen.

Das grundlegende Dilemma der russischen Sozialimperialisten ist es, daß die kämpfenden Völker sie hinter der Maske des Sozialismus immer klarer als Feinde erkennen und ihnen immer schwerere Schläge versetzen. Über die unmittelbaren Interessen der russischen Sozialimperialisten hinaus aber zeigt der Moskauer Aufruf, was die eigentliche Aufgabe des modernen Revisionismus ist: Als Agentur in der Arbeiterbewegung die proletarische Revolution und den Marxismus-Leninismus zu bekämpfen. Im Kampf gegen diese Todfeinde der Revolution haben die Marxisten-Leninisten allerdings schon längst jede „Versöhnung" aufgegeben.

Das Verhalten Bonns ist eine Provokation

Es wird berichtet, daß die Regierung der Volksrepublik Albanien die Regierung der Bundesrepublik offiziell, auf diplomatischem Wege, aufgefordert hat Entschädigungen in der Höhe von 2 Milliarden Dollar zuzüglich der Zinsen seit 1938 für die Verwüstungen und die Schäden zu zahlen, die die Truppen der deutschen Imperialisten in Albanien angerichtet haben.

Diese Forderung ist vollständig berechtigt und alle Marxisten-Leninisten, alle Revolutionäre und aufrechten und ehrlichen Menschen in unserem Land müsssen sie von ganzem Herzen unterstützen.

Die Bundesregierung muß die berechtigten Forderungen der VR Albanien erfüllen, um auch nur einen kleinen Teil dessen wieder gutzumachen, was die Truppen Hitlers dem albanischen Volk an Leid und Elend zugefügt haben. Dreißig Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges leugnet die Bundesregierung jedoch jede Verpflichtung, Kriegsentschädigungen zahlen zu müssen. Andererseits behauptet sie aber stets in Verfolgung ihrer revanchistischen Politik, daß die Bundesrepublik der einzig legitime Erbe des Deutschen Reiches sei. Provokativ wird ausgestreut, daß ja die Hitlertruppen „formaljuristisch der damaligen albanischen Regierung zu Hilfe geeilt seien".

In diesem Zusammenhang beginnen sich jetzt offensichtlich einige Leute die Hände zu reiben und darauf zu spekulieren, daß die VR Albanien bereit sein könnte, wie die revisionistische Gierek-Clique in Polen, vor den westdeutschen Imperialisten auf die Knie zu fallen und um Kredite zu betteln. Diese Leute täuschen sich gründlich. Die Politik der VR Albanien ist prinzipienfest.

Am 3. Oktober des vergangenen Jahres hat Genosse Enver Hoxha in seiner Rede vor den Wählern bekräftigt *Wir sagen ihnen aber: ... gebt uns das Gold frei, das ihr dem albanischen Volk geraubt habt und schickt es Albanien zurück, samt den Zinsen. Das gleiche sagen wir der Bonner Regierung, die eine revanchistische Politik betreibt und Albanien als Kriegsschadenersatz noch Summen schuldet, die in die Milliarden DM gehen. Erwartet man vielleicht, daß wir vor diesen Regierungen, die uns soviel Schaden, soviel Ungerechtigkeiten zugefügt haben, zu Kreuze kriechen und auf die Knie fallen? Nie und nimmer! Sie irren sich. Sie irren sich genauso wie alle diejenigen, die uns Verbohrtheit vorwerfen."*

Interview mit Sascha Haschemi

'Es kommt auf Euch an'

Wenn am diesjährigen Roten Antikriegstag die Genossen der Partei und der Roten Garde gegen den imperialistischen Krieg demonstrieren, dann gilt ihre Solidarität den Genossen, die wegen der Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 im Gefängnis sitzen bzw., wie Genosse Sascha, in der Illegalität leben müssen, weil die Bourgeoisie die Tatsache, daß Saschas Vater Perser ist, zum Vorwand nehmen will, um ihn an das faschistische persische Regime auszuliefern.

Aus Anlaß des Roten Antikriegstages bat uns die Redaktion von „Die Rote Garde", ein Interview mit Genossen Sascha Haschemi im ROTEN MORGEN abzudrucken.

DIE ROTE GARDE: Genosse Sascha, wie sieht Dein Leben in der Illegalität aus?

SASCHA: Nun, im Einzelnen kann ich Euch diese Frage nicht beantworten, denn ich darf der Polizeimaschinerie keine Anhaltspunkte geben. Aber ich möchte auf etwas eingehen, was sich vielleicht mancher junge Kollege oder Rotgardist bei dem Wort „Illegalität" vorstellt: daß das eine abenteuerliche Sache ist. Warum ich untergetaucht bin, wissen die meisten: um zu verhindern, daß die Bourgeoisie mich nicht nur, wie die anderen Genossen, ins Gefängnis steckt, sondern an das faschistische Regime in Persien ausliefert. So in der Illegalität zu leben heißt, daß Du ständig vor der Polizei auf der Hut sein mußt. Vieles ist schwieriger zu organisieren. Du kannst nicht einfach hingehen und Deine Freunde besuchen oder Deine Verwandten. Du kannst auch nicht offen mit anderen diskutieren auf der Straße oder auf Veranstaltungen. Mit einem Wort: Illegal zu leben bedeutet schwierigeres Arbeiten und Kämpfen. Gerne, das heißt weil es Spaß macht, bin ich darum sicher nicht untergetaucht. Sondern allein deshalb, weil es notwendig war. Das wichtigste ist aber angesichts der vielen Schwierigkeiten: Ich stehe nicht allein im Kampf, sondern kämpfe nach wie vor in den Reihen der KPD/ML und der Roten Garde. Und Partei und Rote Garde organisieren den Kampf und die Solidarität von vielen tausend Menschen.

DIE ROTE GARDE: Das nächste Ziel im Kampf ist Deine Einbürgerung. Welche Erfolge wurden bisher errungen und wie kann jeder diesen Kampf am besten unterstützen?

SASCHA: Bisher wurden weit über 20 000 Unterschriften gesammelt, viele Organisationen haben sich solidarisiert. Sehr vielen Menschen wurde auch klar, daß mein Fall kein Einzelfall ist, sondern in einer Reihe steht mit dem Knüppelterror der Bourgeoisie gegen die Bauern von Wyhl gegen die streikenden Arbeiter von Dynamit-Nobel, gegen die Jugendlichen, die in Heidelberg gegen Fahrpreiserhöhungen kämpften. Ihnen wurde klar, daß sich diese politische Unterdrückung gegen die Arbeiterklasse und ihre kommunistische Partei richtet. Daß die Kapitalisten vor Mord nicht zurückschrecken, wenn es gegen Kommunisten geht, hat auch die Ermordung unseres Genossen Günter im letzten Jahr gezeigt.

Aber es hat sich auch gezeigt, daß all dies nur umso mehr Menschen die brutale, barbarische Natur des kapitalistischen Systems erkennen läßt. So konnten auch im Kampf um meine Einbürgerung zahlreiche neue Genossen gewonnen werden. Alleine deswegen ist dieser Kampf bisher schon ein Erfolg gewesen. An sich haben sich die Bedingungen für den Kampf um meine Einbürgerung seit Dezember letzten Jahres verbessert. Damals wurde das Staatsangehörigkeitsrecht geändert. Das bedeutet, daß ich jetzt auch nach dem bürgerlichen Recht klipp und klar das Recht auf die deutsche Staatsbürgerschaft habe. Aber nach wie vor wird mir der Paß verweigert. Ich möchte mich hier direkt an jeden Rotgardisten und Jugendlichen, der den ROTEN MORGEN und „Die Rote Garde" liest, wenden: auch in Zukunft kommt es auf Eure Mithilfe und Unterstützung an, ob die Abschiebung endgültig verhindert wird und ich einen deutschen Paß bekomme.

Der Angriff des Staatsapparates auf mich geht nicht nur die KPD/ML und die Rote Garde an. Denn er soll im Grunde jeden treffen und einschüchtern, der gegen den imperialistischen Krieg ist, der für die Befreiung der werktätigen Menschen von Unterdrückung und Ausbeutung kämpft. Und jeder von Euch kann etwas dazu tun, daß dieser Angriff zurückgeschlagen wird: durch Unterschriften, dadurch, daß Ihr überall über die Sache berichtet – bei Freunden, im Betrieb, in der Schule, auf der Uni. Gestützt auf eine so breite Solidarität werden wir meine Einbürgerung sicher erkämpfen.

DIE ROTE GARDE: Jetzt ist wieder Roter Antikriegstag . . .

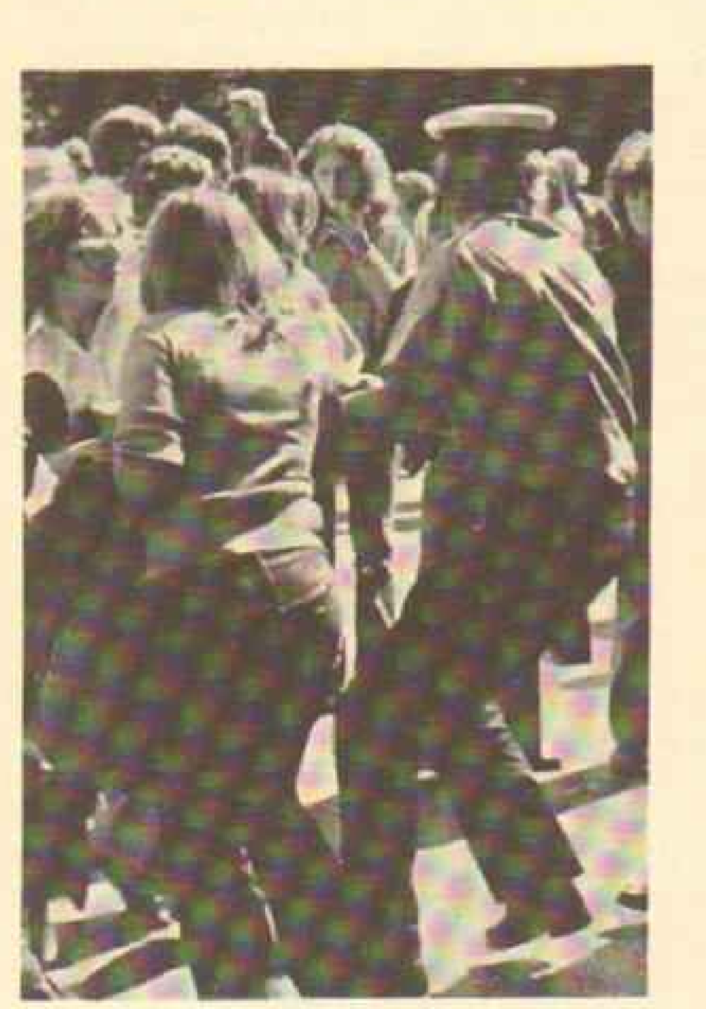
SASCHA: Ich meine, Solidarität mit mir, das ist natürlich einmal der Kampf für meine Einbürgerung. Aber besonders freuen würde ich mich, wenn sich möglichst viele auch mit meinem Kampf solidarisch erklären.

Der Vorsitzende der KPD/ML, unser Genosse Ernst Aust, hat in seiner Rede am 23. März in Kiel gesagt: „Spricht man sie aber auf die Gefahr der Möglichkeit des Ausbruchs eines dritten Weltkrieges an, so stoßen wir vor allem bei den jungen Kollegen weitgehend noch auf völliges Unverständnis."

Genossen Rotgardisten, ich denke, daß wir all unsere Kräfte daransetzen sollten, diesen Zustand zu ändern und auch im Kampf für meine Einbürgerung nie aus dem Auge verlieren, daß es darauf ankommt, neue Kämpfer gegen die Supermächte und den imperialistischen Krieg zu gewinnen.

Polizei stürmte Schulhof in Bremen

Ein Polizeiaufgebot von 30 Mann stürmt den Schulhof des Bremer Gymnasiums „Kleine Helle". Rücksichtslos prügelt die Polizei auf die Schüler – auch auf Unterstufenschüler – ein. Filme, die das brutale Vorgehen der Polizei dokumentieren, werden von der Polizei belichtet. Schließlich gelingt es der Polizei, 2 Schüler und den kommunistischen Studienrat Jürgen Janz festzunehmen. Unter der Empörung seiner Schüler wird Jürgen Janz von der Polizei in Ketten abgeführt.



Bereits am 26. 6. 75 hatte der Bremer Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst dem Lehrer ein Schreiben zugesandt, in dem behauptet wurde, Jürgen Janz sei Mitglied oder Sympathisant der KPD/ML und habe an der diesjährigen Roten Mai-Demonstration in Bremen teilgenommen. Weiter hieß es in diesem Schreiben, ein solches Verhalten erwecke erhebliche Zweifel, ob Jürgen Janz ernsthaft bereit sei, sich durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten.

In einem offenen Brief wies Jürgen Janz die Gesinnungsschnüffelei der Behörde zurück, erläuterte seine Ablehnung des Grundgesetzes und begründete, warum er sich mit seiner Teilnahme an der Bremer Roten Mai-Demonstration zu den wesentlichen Zielen der KPD/ML bekannt habe. Dabei ging er insbesondere auf die Rolle des modernen Revisionismus ein. Bei Eltern und Schülern fand dieser Brief große Zustimmung: „Was da drin steht, über das Grundgesetz, über die D„K"P, die DDR, Rußland und über den DGB-Apparat, das ist die Wahrheit, da kann niemand etwas Anderes sagen", erklärte beispielsweise der Vater eines Schülers. Eine Mutter sagte: „Ganz richtig, meine Unterstützung haben Sie. Ich habe das heute mit meinem Sohn diskutiert. Ich finde das ganz richtig, was Sie geschrieben haben." Ältere Kollegen solidarisierten sich mit Jürgen Janz, vor allem, als sie erkannten, daß Jürgen Janz auch gegen die Machthaber in der DDR kämpft.

Die Schulbehörde aber erteilte Jürgen Janz Unterrichts- und Hausverbot. Jürgen Janz unterrichtete trotzdem. Er ging in seine Klassen und erzählte den Schülern von dem Unterrichtsverbot. Obwohl die Vertreter der Schuldirektion immer dabei standen, forderten die Schüler Jürgen Janz auf, zu bleiben und zu unterrichten. **Die Schulbehörde fand keine Unterstützung. Es hatte sich bereits ein Kampfkomitee der Schüler „Jürgen Janz muß Lehrer bleiben" gebildet, Unterschriften wurden gegen das drohende Berufsverbot gesammelt. Darum mußte die Schulbehörde die Polizeischläger anrücken lassen, weil anders die Solidarität der Schüler die Entfernung Jürgen Janz aus der Schule verhindert hätte.**

Nach der Festnahme von Jürgen Janz und zweier Schüler, wollten die Schüler zunächst gar nicht mehr in die Klassen zurückkehren. Aber die Vertreter der Oberschülerorganisationen der D„K"P-Revisionisten, SSB, dieses Gymnasium ist eine Hochburg von ihnen, rief zur Rückkehr in die Klassen auf, indem sie demagogisch auf eine Schülerversammlung in der 6. Stunde vertröstete. Trotzdem blieben rund 100 Schüler auf dem Schulhof und von Unterricht konnte keine Rede mehr sein. Auf der Schülerversammlung stellten sich die SSB-Revisionisten zunächst offen auf die Seite der Schulbehörde und der Polizei und erklärten den Polizeieinsatz für gerechtfertigt, weil Jürgen Janz ja schließlich das Hausverbot gebrochen habe. Aber sie wurden von den Schülern ausgepfiffen. Da mußten sie einen Rückzieher machen und sie verlegten sich auf „demokratische Demagogie".

Für den folgenden Tag wurde auf der Schülerversammlung eine Urabstimmung darüber beschlossen, ob das Berufsverbot gegen Jürgen Janz mit einem Schulstreik beantwortet werden solle. Die SSB-Revisionisten aber spalteten die Front der Schüler. Sie verbreiteten eine andere Resolution als die des Kampfkomitees der Schüler und stifteten so Verwirrung. So endete die Urabstimmung damit, daß 50% der Schüler für den Streik und 50% dagegen stimmten. Damit hatten die SSB-Verräter vorerst den Streik verhindert.

Wie die Bourgeoisie die Bewegung am „Kleine Helle"-Gymnasium fürchtet, geht schon daraus hervor, wie breit die bürgerliche Presse sich gezwungen sah, darüber zu berichten, um die bekannten Hetzparolen (Indoktrination, Aufhetzen der Schüler usw.) zu verbreiten, in der Hoffnung, so die Solidarität mit dem kommunistischen Studienrat brechen zu können. Für die Hamburger Ausgabe der Bildzeitung war es sogar die Schlagzeile („Hetzparolen auf dem Schulhof – Bremen: Polizei holt roten Lehrer aus der Schule!") **Der Kampf gegen das Berufsverbot von Jürgen Janz aber geht weiter. Bereits 60 Schüler haben sich in dem Komitee „Jürgen Janz muß Lehrer bleiben" zusammengeschlossen.**

Jürgen Janz hat Unterrichtsverbot!
Solidarisieren wir uns mit Ihm
Der Unterricht bei Janz geht weiter

Gewerbeschule G1 in Hamburg

'Die Herren werden sich noch wundern'

Seit Jahren kämpfen die Lehrlinge an der Gewerbeschule G1 in Hamburg für einen regelmäßigen Sportunterricht. Hamburger Lehrlingsgenossen berichten vom Kampf der Schüler in diesem Jahr.

„Als wir jetzt wieder in die Schule kamen, stellten wir fest, daß der Unterricht für alle Klassen auf eine halbe Schulstunde gekürzt worden war. Sofort beriefen wir eine Schülerratssitzung ein (Versammlung aller Klassensprecher), wo wir eine Protestresolution formulierten. Diese Resolution, in der zwei Wochenstunden Sport für alle Klassen gefordert wurde, unterschrieben alle Klassen bis auf eine."

Im Verlauf des weiteren Kampfes kam dann über die Situation der Berufsschüler, was den Sportunterricht angeht, folgendes heraus:

Unsere Schule muß sich mit sieben weiteren Schulen eine Turnhalle teilen! Eine früher benutzte Turnhalle ist wegen Baufälligkeit geschlossen worden. Ein Ersatz wurde nicht geschaffen. Es wird zwar eine neue Berufsschule gebaut, aber die Turnhalle gleich von vorneherein „vergessen".

Aber die miese Schulsituation der Lehrlinge zeigt sich nicht nur beim Sport. Wir bekommen schon lange keine ordentlichen Bücher mehr. Unsere Klassen sind oft überfüllt. Etwa 10% des Unterrichts fällt aus. Unsere Klasse zum Beispiel hatte ein halbes Jahr keinen Zeichenunterricht mehr. Aber die Prüfung sollen wir natürlich trotzdem bestehen! Jetzt kommt zu allem noch hinzu, daß die Lernmittelfreiheit gestrichen ist; kein Papier mehr, keine Zeichengeräte, keine Ablichtungen von Lehrern für die Veranschaulichung des Unterrichts!

So wuchs bei vielen die Wut und Empörung über diese Zustände, die ihnen das Lernen noch schwerer machen. Wir diskutierten in allen Klassen über Maßnahmen und bereiteten eine Vollversammlung vor. Unbemerkt von der Schulleitung wurde ein Plan ausgearbeitet, der auf der Vollversammlung in die Tat umgesetzt werden sollte.

Am Tag der Vollversammlung klappte alles wie am Schnürchen. Ein Genosse hielt eine Rede zu den Sparmaßnahmen des Hamburger Senats, in der er entlarvte, wo das Geld, das für die Schüler nicht da ist, hingeht. Es fließt in die Kassen der großen Konzerne wie Reynolds (500 Millionen Bürgschaft, jetzt kürzlich Übernahme des Betriebs, weil er vor der Pleite stand, wieder 240 Millionen reingebuttert, Gelände kostenlos erschlossen – 230 Millionen; Strom fast geschenkt – usw.) Der Genosse bekam starken Beifall. Danach kam der letzte Tagesordnungspunkt: Sport.

Der Schulsprecher verlas eine Erklärung, die mit den Sätzen endete: „. . . die überwältigende Mehrheit der Berufsschüler will mit einem zweistündigen Warnstreik ihre Entschlossenheit zeigen, ihre Interessen gegenüber der Schulbürokratie durchzusetzen. Diesen zweistündigen Warnstreik, der sich direkt an diese Vollversammlung anschließen wird, werden wir nutzen, um Schwimmen zu gehen."

Der letzte Satz war das verabredete Zeichen. Alle sprangen auf und der Saal war in wenigen Minuten leer! Der Schulleiter stand mit offenem Mund daund lamentierte: „Da ist ja nicht mal abgestimmt worden, das ist ja undemokratisch." Doch niemand hörte auf ihn. Stattdessen fand die Abstimmung mit den Füssen statt.

Etwa 140 von 180 anwesenden Schülern stellten sich unten auf der Straße auf; nur eine Klasse blieb geschlossen da, weil sie keine Einheit erzielen konnte. (Doch auch sie distanzierte sich ausdrücklich von den Spaltungs- und Hetzreden des Schulleiters.) Es war alles vorbereitet worden: ein Flugblatt war erstellt, Transparente gemalt und das Geld für das Schwimmbad eingesammelt worden. Wir marschierten los zu den anderen Schulen. **Immer wieder ertönte lautstark unsere Parole: „Lehrmittel her! Turnhallen her! Sonst geben wir keine Ruhe mehr!"**

Die Rote Garde hatte eigens zu diesem Streik ein Flugblatt erstellt, das restlos verteilt wurde. Es konnten viele gute Diskussionen geführt werden. Ca. 100 von uns gingen anschließend in die Schwimmhalle . . .

Die Aktion hat bei vielen das Gefühl hinterlassen: gemeinsam sind wir stark. Nur so können wir etwa[s] erreichen. Und das werden wir fü[r] die nächste Zeit auch brauchen. Na[-] türlich hat der Schulleiter sic[h] gleich mit der Schulbehörde in Ver[-] bindung gesetzt und droht jetzt mi[t] Maßnahmen gegen den Schülerra[t] und alle beteiligten Schüler.. Er ver[-] sucht auch, uns zu spalten, inden[m] er „Rädelsführer" ausfindig machen will. Doch das wird ihm nicht gelin[-] gen.

Für die meisten ist klar: Das is[t] erst der Anfang! Wir haben jetz[t] Verbindung mit anderen Berufs[-] schulen aufgenommen und plane[n] eine gemeinsame Demonstratio[n] zur Schulbehörde. Die Herren wer[-] den sich noch wundern!"

Prozeß gegen RAF-Gefangene

Gericht verteidigt Folter

Mehr als drei Monate wird jetzt bereits in Stammheim gegen Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe verhandelt. Die bürgerliche Presse kommentiert das mit Überschriften wie „Stammheimer Prozeß schleppt sich hin" und zitiert immer wieder den vorsitzenden Richter Prinzing, der bemängelt, daß man hier in zig Wochen nicht habe erreichen können, was in anderen Prozessen in wenigen Minuten zu erreichen sei: der Eintritt in die Beweisaufnahme.

Die Beunruhigung der bürgerlichen Presse und anderer Sprecher der Bourgeoisie über den Beginn des Prozesses hat ihren guten Grund. Es ist allerdings nicht das „Gerechtigkeitsbestreben" der bürgerlichen Klassenjustiz, das sie dazu treibt, mit allen Mitteln, selbst juristisch nicht zulässigen, wie dem Verzicht auf die Vernehmung zur Person, darauf zu drängen, doch endlich „zur Sache" zu kommen. Zur Sache sprachen die Angeklagten und ihre Verteidiger vom ersten Tag des Prozesses an. Nur paßte eben diese Sache, der Kampf von Angeklagten und Verteidigern gegen die Isolationsfolter dem Gericht natürlich weniger als die Verlesung der Anklageschrift, die im Prozeß und in den Schlagzeilen der Presse wieder in den Mittelpunkt rücken wird, weshalb dieser Prozeß überhaupt geführt wird: die Diffamierung der Angeklagten als Mörder, Diebe, als Schwerverbrecher.

Bisher jedoch war auch die bürgerliche Presse gezwungen, sich mit dem Vorwurf der Isolationsfolter auseinanderzusetzen. Am Dienstag der vorletzten Woche hatte die Verteidigung einen Antrag auf Einstellung des Verfahrens gestellt und ihn unter anderem damit begründet, daß das Urteil bereits feststehe und daß für seine Vollstreckung bereits 8 schalldichte Isolierzellen in Bruchsal fertiggestellt seien. Die Zeitungen berichteten darüber in einer Art und Weise, als seien die Verteidiger jetzt endgültig übergeschnappt. Sie zitierten zum Beweis Bundesanwalt Wunder, der zu diesen Vorwürfen erklärt hatte „blanker Unsinn". Drei Tage später platzte die Seifenblase. Wunder mußte zugeben, daß diese Zellen existieren. „Blanker Unsinn" war jetzt, daß sie für die RAF-Gefangenen sein sollten. Die Landesregierung sekundierte, daß diese Zellen, mit deren Bau 1973 in aller Heimlichkeit begonnen worden war, nur für „Rädelsführer" da seien und außerdem damals ja gar nicht sicher gewesen sei, ob die RAF-Gefangenen überhaupt in Baden-Württemberg vor Gericht stehen würden. Das mag zwar sein, ist aber eine schlechte Ausrede, da Bruchsal auch nicht das einzige Gefängnis ist, in dem besondere Zellen gebaut oder eingerichtet wurden. Im Gefängnis bei Hannover z. B., wo Ronald Augustin inhaftiert ist, wurde sogar durch richterliches Protokoll bestätigt, daß dort ein Trakt zum Zweck der möglichst vollständigen Isolation umgebaut wurde.

Hier zeigt sich deutlich, daß der Kampf gegen die Isolationsfolter auf ausdrücklichen Befehl von Bundeskanzler Schmidt nicht deshalb rigoroser unterbunden werden soll, weil er „verleumderische Hetze von Extremisten" ist, sondern deshalb, weil es diese Folter gibt und weil die Bourgeoisie die Empörung der Massen über diese heimtückische Art der Folter fürchtet.

Einen ähnlichen Erfolg, was die Entlarvung der Lügen der Bourgeoisie über die Haftbedingungen der RAF-Gefangenen angeht, konnten die Angeklagten und ihre Verteidiger schon vorher beim Kampf um die Untersuchung der Angeklagten auf ihre Verhandlungsfähigkeit hin erzielen. Selbst die bürgerliche Presse hatte zu Beginn des Prozesses berichten müssen, daß die Angeklagten leichenblaß aussähen, daß sie Konzentrationsschwierigkeiten hätten und das Sprechen für sie eine große Anstrengung bedeute. Aber während die bürgerlichen Gerichte bei Nazi-Verbrechern wie z. B. Struve aus Hamburg sofort eine Verhandlungsunfähigkeit sehen, wenn solche Massenmörder bloß einmal einen Nervenzusammenbruch markieren, weigert man sich hier sogar, eine Verhandlung vorzeitig abzubrechen, obwohl die Angeklagten offensichtlich total erschöpft sind. Bereits vor Wochen hatte das Gericht einen Antrag der Verteidigung auf eine Untersuchung der Angeklagten durch den holländischen Arzt Prof. Teuns abgelehnt. Begründung, Teuns sei parteiisch, weil er einmal eine Broschüre gegen die Isolationsfolter geschrieben habe. Nach dieser Argumentation wäre dann allerdings auch der griechische Vizeadmiral Engolfopoulos parteiisch. Denn er sagte im Athener Prozeß aus: „Isolation ist die schlimmste Form der Folter". Für unparteiisch dagegen hielt das Gericht Anwaltsärzte, die sich als Mediziner bisher dadurch ausgezeichnet haben, daß sie fachmännisch darüber gewacht haben, daß die Isolationsfolter auch die gewünschten Wirkungen erzielt! Diese Logik ist bezeichnend für den Geist dieses Gerichts!

Der gleiche Geist zeigte sich darin, wie das Gutachten zustandegekommen ist, mit dem den Angeklagten jetzt eine Verhandlungsfähigkeit für lediglich 3 Stunden am Tag bescheinigt worden ist. Das Gericht hatte den Verteidigern keinerlei Möglichkeit gegeben, an die beiden Gutachter (Kriminalärzte) Fragen zu stellen und es weigerte sich auch, sie in der Verhandlung aussagen zu lassen. Das wundert allerdings dann nicht, wenn man weiß, welche Fragen diese Ärzte vom Gericht gestellt bekamen. Eine Frage, die bekannt wurde, lautete nämlich, ob es nicht möglich sei, daß die Angeklagten ihre Gewichtsverluste selbst herbeiführen würden. (Andreas Baader hatte Anfang Juli 22 Kilo Untergewicht. Nach 6 Wochen Prozeßdauer 25 Kilo). Außerdem gab Richter Prinzing zu, daß auch der Hungerstreik der 4 Angeklagten bei der Frage ihrer Verhandlungsfähigkeit natürlich eine Rolle spiele. Um den Zweck dieser Fragen beurteilen zu können, muß man wissen, daß nach der neuen Strafprozeßordnung Angeklagte, die ihre Verhandlungsunfähigkeit selbst herbeigeführt haben, vom Verfahren ausgeschlossen werden können, während im anderen Fall die Verhandlung ausgesetzt werden muß. **Dieses Gutachten, das von der Presse als große Milde des Gerichts herausgestellt wurde, ist also in Wirklichkeit ein heimtückisches Erpressungsmanöver.** Es bedeutet nichts anderes als: entweder ihr wohnt dem Prozeß bei, auch wenn ihr ihm nicht mehr folgen könnt und er euch weiter kaputtmacht oder besteht darauf, verhandlungsunfähig zu sein und der Prozeß läuft ohne euch.

Diese Methoden des Gerichts, die natürlich jeden eher an Verhöre der Gestapo erinnern müssen als an einen Prozeß in einem „freiheitlich-demokratischen Staat", versucht die bürgerliche Presse in einem Wust von oberflächlichen Verfahrenskritteleien, der sogenannten Prozeßschelte, untergehen zu lassen. Was sich in Wirklichkeit dahinter verbirgt, ist der Ärger darüber, daß die Angeklagten, ihre Verteidiger und die Solidarität im In- und Ausland es bisher geschafft haben, zu verhindern, daß der Prozeß zu dem wurde, was sein Hauptzweck ist: eine Propagandaveranstaltung der Bourgeoisie, um dem Volk einzutrichtern, daß, wer mit revolutionärer Gewalt gegen diese sogenannte Demokratie kämpft, als Krimineller verurteilt und bestraft werden muß. Die Frankfurter Rundschau gab diesen Ärger über die bisherige Niederlage des Gerichts offen zu, als sie über diesen Prozeß jammerte, „daß er ruiniert ist, bevor er überhaupt begann und damit vielleicht schon die Chance, im Gerichtssaal überzeugend das Phänomen anarchistischen Terrors zu bewältigen, vertan wurde."

Vor diesem Dilemma steht die Bourgeoisie allerdings in allen politischen Prozessen und überall da, wo sie mit Terror gegen Kommunisten, Revolutionäre und das werktätige Volk vorgeht. Denn je deutlicher das wahre Gesicht der Bourgeoisie hinter der demokratischen Fassade wird, desto geringer werden notwendigerweise auch die Illusionen, daß man durch Reformen in diesem Staat Freiheit und Demokratie für das Volk verwirklichen kann.

Routhier-Prozeß in Duisburg

Günters Mörder als Zeuge

Mitte August fand in Duisburg ein Prozeß gegen Genossen Fritz R. statt. Die Anklage lautete auf Volksverhetzung, Beleidigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Auf diese Paragraphen stützte sich die bürgerliche Klassenjustiz, um einen Kommunisten zu verurteilen, weil er gegen die Ermordung des Genossen Günter gekämpft hat und als Kranzträger am Trauerzug in Duisburg teilgenommen hat.

Der Genosse war deshalb wegen Beleidigung und Volksverhetzung angeklagt, weil er das Flugblatt der Partei „Das ist brutaler, barbarischer, heimtückischer Mord" verteilt haben soll. Einer der Polizeibeamten, die vom Gericht als Belastungszeugen gegen den Genossen geladen worden waren, war der Beamte Hetzel. **Hetzel war beim Einsatz im Arbeitsgericht in Duisburg, an dessen Folgen Genosse Günter gestorben war, direkt beteiligt gewesen.** Er war einer der Polizisten, die Genossen Günter die Treppe hinuntergestoßen hatten, so daß sein Kopf mehrmals gegen die gekachelte Wand schlug. Er war einer derjenigen, die den bewußtlosen Genossen in das bereitstehende Polizeiauto geschleift hatten.

Während die bürgerliche Klassenjustiz sich auf der einen Seite weigert, gegen die betreffenden Polizisten wegen Mordes zu ermitteln und ihnen stattdessen eine weiße Weste bescheinigt, benutzt sie dieselben Polizeibeamten gleichzeitig, um Genossen der Partei wegen „Beleidigung" und „Volksverhetzung" zu verurteilen, weil sie gegen diesen Polizeimord kämpfen.

Natürlich sah das Gericht dann auch keinen Anlaß, an der Glaubwürdigkeit der Aussage des Zeugen Hetzel zu zweifeln, als dieser auf die Frage der Verteidigung hin behauptete, nichts davon gewußt zu haben, daß Günter Bluter ist. Das Gericht hatte schließlich schon vorher dem Genossen wiederholt versucht, das Wort zu verbieten mit der Begründung, die „Vorgeschichte" des Prozesses tue nichts zu Sache. Es warf allerdings ein bezeichnendes Licht auf diese „Vorgeschichte" als der Polizeibeamte Hetzel sich verplapperte und entgegen den Feststellungen der Staatsanwaltschaften, die die Aufnahme von Ermittlungen gegen die Polizeibeamten abgelehnt hatten, sagte, er und sein Kollege hätten Günter in den Wagen „gelegt ... ä ... gebracht." Der Polzeibeamte Hetzel muß es wissen, er war ja schließlich dabei. Und er wird auch wissen, warum ihm nahegelegt worden ist, das Gegenteil von dem zu behaupten, was tatsächlich geschehen ist. Denn wenn ein Bluter bei einer Auseinandersetzung mit der Polizei so mißhandelt wird, daß er nicht mehr allein gehen und in einen Wagen steigen kann, wenn er 14 Tage später an einer spontanen Blutung stirbt, dann kann man von „Zufall" sprechen. Ein Zufall derart, daß die Absicht, mit der er von der Polizei konstruiert wurde, nicht mehr zu verkennen ist.

Um Genossen Fritz seinen angeblichen Widerstand bei seiner Festnahme während des Trauerzuges zu „beweisen" hatte die Staatsanwaltschaft 5 Polizeizeugen benannt. Nur einer davon wagte überhaupt zu behaupten, daß er Fritz gesehen habe. Auch er mußte allerdings später zugeben, daß er sich 4 Wochen nach dem Trauerzug zum ersten Mal zur Aussage meldete, dann nämlich, als ihm eine Akte von K 14 (politische Polizei) auf den Tisch gelegt worden war mit drei ED-Fotos. Nach diesen Fotos, so der Polizist, habe er Fritz sofort erkannt. Auf die Frage, woran er ihn denn erkannt habe, der Polizist: an den auffällig blauen Augen. Nun stimmt es zwar, daß der Genosse blaue Augen hat. Die ED-Fotos waren allerdings schwarz-weiß und außerdem hatte der Genosse die Augen auf allen drei Fotos geschlossen. Derart in die Enge getrieben, beantragte die Staatsanwaltschaft, das Verfahren wegen Widerstand einzustellen.

Wegen angeblichen Flugblattverteilens verurteilte das Gericht den Genossen zu 4 800 DM Geldstrafe. Genosse Fritz hat zwar gegen das Urteil Rechtsmittel eingelegt. Trotzdem aber muß er damit rechnen, daß wegen dieser Verurteilung die Bewährung, auf die eine dreimonatige Gefängnisstrafe wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag ausgesetzt war, widerrufen wird.

Korrespondenzen

Korrespondenzen an Redaktion ROTER MORGEN
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

HAMBURG

Meine Mutter traute ihren Augen nicht. Zwei Männer hielten ihr die Hundemarke unter die Nase: Politische Polizei (K4). Woher kannten die ihren Arbeitsplatz? Doch sie rückten bald mit der Sprache heraus: „Wir haben hier eine Liste mit Namen (etwa 5 Seiten stark), kennen Sie die nicht? !" Diese Fragen kannte meine Mutter allerdings sehr gut. Ihr Vater war Mitglied der KPD gewesen und von den Nazihorden eines Tages verhaftet und zum Verhör geschleift worden. Meine Mutter, damals ca. 7 Jahre alt, durfte sich dann mit ihren Geschwistern den Vater nach der faschistischen Behandlung ansehen, ein halber Krüppel.

Daran wurde sie erinnert, als jetzt Polizei an ihren Arbeitsplatz kam, um sie auszuhorchen. Sie sagte deshalb nichts. Auch nicht, als die beiden meinten: „Ihr Sohn verkauft doch den ROTEN MORGEN am Altonaer Bahnhof." Als die Polizisten merkten, daß sie aus meiner Mutter nichts herausholen konnten, gingen sie wieder.

Genosse aus Hamburg

WESTBERLIN

Ich möchte Euch über einen Vorfall berichten, der sich neulich in meinem Krankenhaus ereignete. Nachts, ungefähr um 24 Uhr, wurde von der Feuerwehr ein Mann mit Kopf- und Rippenschmerzen als Erste Hilfe eingeliefert. Wie er selbst berichtete, hatte er etwas über den Durst getrunken, war in der S-Bahn von Polizei aufgegriffen worden (er schlief) und in eine Ausnüchterungszelle gesteckt worden.

Nachdem man ihn mit kaltem Wasser wachgegossen hatte, kamen zwei richtige Schränke von Polizisten und versetzten ihm zwei Schläge in die Rippen. Als der Mann drohte, dies der Presse zu erzählen, nahm man ihn bei den Haaren und schlug seinen Kopf mehrmals gegen die Wand. Als er dann wohl ziemlich fertig gemacht worden war, lag er wie tot am Boden. Die Polizisten bekamen Angst und ließen ihn mit der Feuerwehr ins Krankenhaus fahren.

Wie mir eine Kollegin erzählte, gab die Polizei an, er, der Mann, hätte wahrscheinlich auf dem Revier einen Herzinfarkt erlitten. Als ich der Kollegin den wahren Sachverhalt erzählte, war sie sehr empört.

Rotfront, ein Rotgardist

HARBURG

In der Nacht vom 22. zum 23. 8. um 22.30 Uhr wurden in Harburg zwei Personen mitten auf der Straße von einer motorisierten Zivilstreife (3 Mann) angehalten. Sie verlangte die Papiere und machte eine Funk-Nachfrage. Bevor die Papiere zurückgegeben wurden, wurden die von den Personen mitgeführten Taschen gegen ihren Willen gewaltsam durchsucht. Dabei kamen 11 Plakate zum Roten Antikriegstag und Leim zum Vorschein. Daraufhin untersuchte ein Polizist nochmals die Personalausweise mit einer Briefmarkenlupe. Und er fand heraus: „Die Ausweise sind gefälscht." Die Polizisten riefen sofort nach Verstärkung und die beiden Personen wurden festgenommen wegen „Paßfälschung". Ich brauche nicht zu sagen, daß die Papiere natürlich einwandfrei waren.

Also gings aufs Revier. Von hier wurde die Kripo im 3/4 Autostunden entfernten Hamburg angerufen. Die schickten nach 2 1/2 Stunden eine grüne Minna. Die beiden wurden wie Schwerverbrecher in je eine Zelle gesperrt. Und ab gings mit je drei Mann Bewachung nach Hamburg, Polizeipräsidium. Hier wurden sie bis 4 Uhr in Einzelzellen gesperrt. Dann wurden sie erkennungsdienstlich behandelt. Schließlich wurde ihnen gesagt, daß sie eine Anzeige wegen Sachbeschädigung bekommen, und beide in Zwischenräumen von einer Viertelstunde entlassen.

Als der letzte um 4.14 Uhr auf der verlassenen Straße stand, kam plötzlich ein Mann und griff ihn an. Es kam zu einem Handgemenge. Der Angreifer rief um Hilfe. Daraufhin kamen sofort Polizisten angerannt und stürzten sich auf den Angegriffenen. Sie warfen ihn zu Boden und zerrten ihn ins Polizeipräsidium. Da stellte sich heraus, daß der Angreifer ein Polizist war. Es wurden nochmals die Personalien festgestellt. Dann wurde der abermals Festgenommene entlassen. Man sagte ihm, er bekäme eine Anzeige wegen Widerstand.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

JEVER

Vor kurzem baute ich in Wittmund/Ostfriesland einen kleinen Unfall, bei dem eine Scheibe einer Telefonzelle zu Bruch gegangen ist. Die Polizei nahm den Unfall auf und kurze Zeit darauf wurde ich in Jever dazu vernommen. Ein paar Wochen später wurden ein Genosse und ich festgenommen, weil wir angeblich revolutionäre Plakate zum Roten 1. Mai geklebt hätten. Bei der Aufnahme der Personalien etc. sah mich der Bulle, der mich damals verhört hatte. Es war offensichtlich, daß er mitbekommen hatte, um was es sich drehte.

In der letzten Woche erhielt ich nun vom Amtsgericht Wittmund einen Strafbefehl (!) von insgesamt 108 DM (incl. Gebühren etc.) wegen des kleinen Unfalls. Dabei hatten mir die Bullen damals erklärt, ich würde höchstens mit einem Bußgeld zu rechnen haben! Der Strafbefehl zeigt, daß auch auf dem Land die Polizei und Justiz zusammenarbeiten und jede Möglichkeit wahrnehmen, um uns Kommunisten einzuschüchtern. Doch sie erreichen damit das Gegenteil, denn wir werden all unsere Anstrengungen verstärken, um diesem Ausbeuterstaat den Garaus zu machen!

Rot Front! Ein Genosse

KÖLN

Wegen „Verächtlichmachung der BRD" und „Beleidigung" erhielt Genosse Willi Jasper, Leiter des Rote-Fahne-Redaktionskollektivs, einen Strafbefehl über 1 500 DM wegen eines Flugblatts, in dem von der „kapitalistischen Ausbeuterordnung" die Rede war und Richter Somoskoey aus Köln als „berüchtigter Reaktionär" bezeichnet worden war. Wegen des gleichen Flugblatts erhielt eine weitere Genossin einen Strafbefehl über 1 000 DM.

BIELEFELD

Genossin Christel G. erhielt einen Strafbefehl über 400 DM, weil sie presserechtlich verantwortlich für „Die Rote Presse" Nr. 1, die Betriebszeitung der KPD/ML bei Rheinstahl in Bielefeld ist, in der die Faschisierung des Staatsapparates angeprangert wird.

PROZESSANKÜNDIGUNG:

Vor dem **Amtsgericht Duisburg** findet am 16.9.75 ein Prozeß gegen die Genossin Meike Tuschen statt, weil sie als presserechtlich Verantwortliche unter einer Ausgabe des „Röhrenkiekers", Betriebszeitung der KPD/ML für Mannesmann in Duisburg, steht, in der der Mord an Genossen Günter angeprangert wird. Außerdem soll die Genossin diese Betriebszeitung verteilt haben.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

– Spendenkonto –
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

BERICHTIGUNG:

In der Spalte „Kampf der bürgerlichen Klassenjustiz" des RM 35/75 ist uns ein Fehler unterlaufen. Der Genosse aus Düsseldorf, der zu 200 DM Geldstrafe verurteilt wurde, verteilte kein Flugblatt der Partei. Es handelte sich um ein Flugblatt der GRF, das er in Duisburg verteilt haben soll. Der Genosse führte den Prozeß mutig und revolutionär. Er sagte, daß von einem kapitalistischen Gericht nichts anderes als ein Urteil im Interesse des Kapitals erwartet werden kann, und daß deshalb die bürgerliche Klassenjustiz in der proletarischen Revolution gemeinsam mit der Bourgeoisie und ihrem Staatsapparat gestürzt werden muß. GRF-Genossen applaudierten zu solchen Äußerungen. Zum Schluß wurden den Parolen gerufen: „Nieder mit der bürgerlichen Klassenjustiz" u.a.

Kissingers Nahost-Abkommen

Erneutes antiarabisches Komplott aus Washington

Wieder einmal ist der amerikanische Außenminister Kissinger zu Verhandlungen in den Nahen Osten gereist. Es ist bereits die elfte Unternehmung dieser Art. Nach den Wünschen Kissingers soll am Ende seiner Reise ein Abkommen zwischen den israelischen Zionisten und Ägypten geschlossen werden, dem zufolge die israelischen Zionisten einen weiteren Streifen auf der Halbinsel Sinai räumen, die ägyptische Regierung dafür aber eine Gewaltverzichtserklärung gegenüber den israelischen Zionisten unterschreiben soll. Das heißt, die arabischen Völker sollen darauf verzichten, ihre von den israelischen Zionisten besetzten Territorien völlig zu befreien und es heißt, daß die Einheit der arabischen Völker, dem palästinensischen Volk zur Wiedererlangung seiner nationalen souveränen Rechte zu verhelfen, gespalten werden soll.

In den bürgerlichen Zeitungen liest sich die „Kissinger-Mission" stets so, als sei es das Hauptanliegen dieses Vertreters des US-Imperialismus, den israelischen Zionisten Zugeständnisse abzuringen und für die arabischen Völker günstige Ergebnisse zu erzielen. Ein abgekartetes Spiel zwischen den israelischen Zionisten und den US-Imperialisten – das steckt in Wahrheit hinter Kissingers Verhandlungen im Nahen Osten. Schon bevor Kissinger überhaupt losfuhr, war das Komplott geschmiedet. In langen Gesprächen mit dem israelischen Botschafter in den USA hatte Kissinger immer wieder betont, daß den israelischen Zionisten keinerlei Nachteil aus dem geplanten Abkommen entstehen würde. Im Gegenteil soll dieses Abkommen den israelischen Zionisten eine Atempause verschaffen, um sich wieder aufzurüsten und sich nach der Niederlage im Oktoberkrieg von 1973 zu erholen, um neue Aggressionen vorzubereiten.

Bestätigt wird dies durch das jüngste israelisch-amerikanische Abkommen, das gerade bei Aufbruch Kissingers in den Nahen Osten abgeschlossen wurde. Demnach werden die US-Imperialisten Israel einen weiteren Kredit in Höhe von 3 Mrd. Dollar geben, wovon 2,1 Mrd. Dollar für Rüstungszwecke bestimmt sind.

Natürlich versprechen sich auch die US-Imperialisten durch dieses Abkommen große Vorteile. Denn den Kampf der arabischen Völker für die Befreiung ihrer besetzten Gebiete zu stoppen und zu spalten, indem Ägypten ein Gewaltverzichtsabkommen unterschreiben soll, bedeutet für die US-Imperialisten, Zeit zu gewinnen, um ihren Einfluß im Nahen Osten zu festigen und ihre Supermachtsinteressen gegen die arabischen Völker in die Tat umzusetzen. Dabei spekulieren die US-Imperialisten ganz bewußt auf die Unzufriedenheit der arabischen Völker über die hegemonistische und imperialistische Politik der falschen Freunde in Moskau, um sich selbst als bessere Alternative zu propagieren und so zum einen das Vertrauen der arabischen Länder zu erschleichen und zum anderen gleichzeitig die russischen Sozialimperialisten, die ebenfalls im Nahen Osten um Vorherrschaft ringen, als Konkurrenten zu schwächen.

Kissingers „Politik der kleinen Schritte" verfolgt genau das eine Ziel: Schritt für Schritt die arabischen Völker, ihre Einheit und ihre Kampfkraft, zu schlagen. Seine Abkommen, die er mal mit Ägypten, mal mit Syrien, mal mit anderen Ländern treffen will, dienen vor allem dazu, die Einheit der arabischen Völker zu torpedieren, sie in ihrem Kampf jeweils zu isolieren, in der Hoffnung, ihren berechtigten Kampf dadurch besser unterdrükken zu können. **Denn um alles in der Welt wollen die US-Imperialisten und mit ihnen auch die russischen Sozialimperialisten das eine verhindern, daß die Nahostprobleme wirklich gelöst werden. Diese Lösung kann nämlich nur heißen, daß die arabischen Völker ihre besetzten Territorien gewaltsam befreien, die israelischen Zionisten, die ihre Besatzerherrschaft über Palästina sowie über andere Gebiete arabischer Länder errichtet haben, gestürzt und ihre Oberherren in Moskau und Washington, die die Unabhängigkeit der arabischen Länder bedrohen, aus dem Nahen Osten davongejagt werden.**

Diese wirkliche Lösung aller Probleme im Nahen Osten wird kein sogenannter „Friedensplan" aus Washington und auch keine sogenannte „Friedenskonferenz" aus Moskau verhindern können. Denn die Unterdrückung und Bedrohung durch die israelischen Zionisten wie durch die beiden Supermächte werden die arabischen Völker stets anspornen, ihren Kampf für den vollständigen Sieg der arabischen Sache fortzusetzen. So ist es kein Zufall, daß das palästinensische Volk, das am schwersten unter der zionistischen Besatzerherrschaft zu leiden hat, das täglich dem grausamen Terror, den Überfällen, den Folterungen und Völkermord der israelischen Zionisten ausgesetzt ist, an der Spitze des Kampfes gegen Zionismus und Imperialismus steht. Seit dem Oktoberkrieg hat das palästinensische Volk die Waffen nicht aus der Hand gelegt, sondern unter der Führung seiner Befreiungsorganisationen den bewaffneten Kampf gegen die zionistische Besatzerherrschaft verstärkt. Das palästinensische Volk, wie auch die anderen arabischen Völker werden sich durch die angeblichen „Friedensabkommen" der US-Imperialisten nicht entwaffnen lassen.

Anläßlich des Besuchs einer Delegation der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO in der Volksrepublik China, stellte der palästinensische Delegationsleiter Abou Jihad unmißverständlich fest: ***„Die Kugeln aus Palästinas Gewehren und der Wille der arabischen Volksmassen verkünden, daß der Zustand von ‚weder Krieg noch Frieden' in diesem Raum nicht durchgesetzt werden kann. Ein Frieden, der die Interessen Palästinas beeinträchtigt, wird nicht funktionieren. Solange auf dem Territorium Palästinas der Zionismus existiert, wird die palästinensische Revolution auf dem Weg des Kampfes weiter voranschreiten."*** Und Abou Jihad betonte: ***„Imperialismus und Zionismus werden niemals ihre Sache aufgeben. Sie werden verschiedene Intrigen schmieden, um uns zu bekämpfen, die Einheit der arabischen Massen zu zerstören und sie aufeinander zu hetzen. Aber die Einheit der arabischen Massen, die Einheit der Völker der Dritten Welt und aller fortschrittlichen Kräfte, die unseren Kampf unterstützen, werden alle Komplotte des Imperialismus und des Zionismus vereiteln."***

Sozialimperialisten in Brasilien:

Imperialistische Raubgier unter der Maske der "Hilfe"

Überall auf der Welt strecken die russischen Sozialimperialisten in ihrem Drang nach Weltherrschaft ihre Klauen aus, um ihren Einfluß auszuweiten, sich andere Länder und Völker, die im Kampf für ihre nationale Unabhängigkeit stehen, zu unterjochen. Dabei dringen sie, wie ein Artikel der Zeitung „A Classe Operaria", Zentralorgan der Kommunistischen Partei Brasiliens, zeigt, auch in Regionen ein, die bisher der US-Imperialismus zu seinem unumstrittenen Herrschaftsgebiet zählte. Die russischen Sozialimperialisten verfolgen dabei das Ziel, in diesen Ländern den US-Imperialismus zu verdrängen, um seine Nachfolge anzutreten.

In einem Artikel über den Charakter des sowjetischen Handels mit Brasilien zeigt die Zeitung „A Classe Operaria" die Taktik, die die russischen Sozialimperialisten eingeschlagen haben, um in diesem wichtigsten Land Lateinamerikas einzudringen.

Es war die revisionistische Clique im Kreml, die keine Mühen scheute, um im brasilianischen Volk genauso wie sie es in anderen Ländern Lateinamerikas getan hat, Illusionen zu züchten, nach denen Brasilien unter national-reformistischer Führung in kurzer Zeit und friedlich von der imperialistischen Bevormundung befreit werden könnte. So bemühte sie sich, den Kampf des brasilianischen Volkes zu stoppen.

Als dann aber die Regierung Goulart gestürzt wurde und die Diktatur der brasilianischen Generäle errichtet wurde, die eine ganz offen pro-amerikanische und volksfeindliche Haltung einnahmen und das imperialistische Joch aufrechterhielten und verstärkten, waren es die russischen Sozialimperialisten, die sich beeilten, die Militärdiktatur anzuerkennen. Sie schickten sofort ihren Außenhandelsminister Patolitschew, um ein Abkommen von 200 Mill. Dollar mit der Regierung Castelo Branco zu schließen. Seit damals sind zahlreiche Abkommen zwischen Moskau und Brasilien abgeschlossen worden, haben sich die Handelsbeziehungen erweitert – und hat sich die Handelsbilanz, insbesondere nach der sogenannten Ölkrise 1974, immer mehr zugunsten der russischen Supermacht und zu Ungunsten Brasiliens entwickelt: Während die Einfuhr sowjetischer Waren ständig zugenommen hat, wuchs die Ausfuhr brasilianischer Waren in die Sowjetunion nicht entsprechend mit.

Das Organ der brasilianischen kommunistischen Partei entlarvt die Taktik der russischen Sozialimperialisten, die diese bei ihrem imperialistischen Eindringen in andere Länder verfolgen: **Die russischen Sozialimperialisten pflegen die Maske der „Freigiebigkeit eines uneigennützigen Freundes" aufzusetzen. Sie legen selbst die Preise fest, die von ihnen als „politische Preise" klassifiziert werden, d. h. Preise, die es ihnen erleichtern, die Märkte zu erobern und mögliche Konkurrenten auszuschalten. Nachdem sie dann ihre Durchdringung gesichert und ihre Positionen gefestigt haben, beginnen sie, ihr wirkliches Gesicht von Räubern und Unterdrückern zu zeigen. Das bezeugen auch die Völker Osteuropas, die unter ihrem Stiefel leiden.**



(Aus „A Classe OPERARIA", Zentralorgan der Kommunistischen Partei Brasiliens)

Um den brasilianischen Markt zu erobern und die Abhängigkeit Brasiliens von sich zu sichern, heißt es in „A Classe Operaria", wird die UdSSR jede Heimtücke anwenden und dem Anschein nach alle Zugeständnisse machen. Der Austausch der UdSSR ist stets darauf aus, Einflußbereiche zu erobern, die werktätigen Massen auszuplündern, sich fette Gewinne zu sichern, den reaktionären Kräften zu helfen, kurz gesagt: ihren Widersacher, den amerikanischen Imperialismus zu vertreiben, um an seine Stelle als alleiniger und ausschließlicher Herrscher zu treten. Eine derartige Alternative, schließt die Zeitung, entspricht keineswegs dem brasilianischen Volk, das kämpft, um sich von der imperialistischen Herrschaft zu befreien.

In einer gemeinsamen Erklärung der Kommunistischen Partei Brasiliens und der Vanguardia Communista, der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse Argentiniens, heißt es daher: **„Im Kampf für die wirkliche nationale Unabhängigkeit müssen die Völker Brasiliens und Argentiniens den amerikanischen Imperialismus, den Hauptplünderer und Ausbeuter Lateinamerikas, bekämpfen. Die Völker Lateinamerikas, also auch das brasilianische und argentinische Volk, werden niemals frei sein, wenn sie diesen Feind und alle seine Lakaien nicht zu Tode pressen. Gleichzeitig achten die brasilianischen und argentinischen Marxisten-Leninisten darauf, daß auch die Wachsamkeit gegenüber den Anstrengungen des sowjetischen Sozialimperialismus, in Lateinamerika einzudringen, erhöht wird. Unter der Maske der Freundschaft und Hilfe versuchen sie, hier neue Formen der imperialistischen Herrschaft und Plünderung auszuüben. In Anbetracht dieser Lage stellen sich die Kommunistische Partei Brasiliens und die Vanguardia Communista Argentinien die Aufgabe, die Reihen der Völke zu festigen und sich im Kampf gegen die beiden Supermächte un ihrem Streben nach Weltherrschaf mit allen Völkern zusammenzu schließen."**

Norwegens Inselgruppe Spitzbergen

Gierige Blicke der Neuen Kremlzaren

Die russischen Sozialimperialisten haben ihre gierigen Hände nach Spitzbergen ausgestreckt. Nur eine Woche nach ihrer Unterschrift unter die „Schlußakte" der KSZE in Helsinki, in der sie sich angeblich verpflichteten, sich nicht in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, flogen russische Hubschrauber unerlaubt über die Insel von Spitzbergen und verletzten die Souveränität Norwegens.

Die Inselgruppe Spitzbergen, im eisigen Nordmeer gelegen, ist von großer strategischer Bedeutung. Dazu kommt, daß sie der russischen Flottenbasis in Murmansk, Halbinsel Kola, genau gegenüberliegt und reich an Bodenschätzen, vor allem Kohle, ist.

Durch einen internationalen Vertrag, der 1920 von 42 Ländern unterzeichnet worden ist, erhielt Norwegen die Souveränität über diese Inselgruppe zugesprochen, während alle anderen Unterzeichnerstaaten, einschließlich der Sowjetunion, das Recht zugesprochen bekommen haben, die Bodenschätze der Inseln ausbeuten zu können. Zur Zeit nutzen dieses Recht nur die russischen Sozialimperialisten.

Aber das genügt ihnen nicht. Anmaßend betrachten sie die Nordmeere bereits als ihr „Eigentum", in dem ihre Flotten kreuzen und **wo sie schalten und walten können wie sie wollen. Im Kampf mit den amerikanischen Imperialisten um die Weltherrschaft ist die Souveränität der kleinen Länder für sie nur ein Fetzen Papier. Sie wollen Spitzbergen ganz an sich reißen, und haben** gerade in der letzten Zeit ihre provokatorischen und aggressiven Aktivitäten auf der Inselgruppe verstärkt.

Schon jetzt übersteigt die Zahl der russischen Menschen auf der Insel die der Norweger um das Doppelte und es ist offensichtlich, daß bei weitem nicht alle von ihnen für die Ausbeutung der Kohle- und Erzvorkommen notwendig sind. Und sie führen sich wie die Herren der Inselgruppe auf. Sie mißachten die norwegischen Gesetze, die hie gelten, und leben nach ihren eige nen. Sie treten die Souveränitä Norwegens mit Füßen und statio nieren ihre Flugzeuge auf der In sel, ohne die Genehmigung ein zuholen, und landen und starten wie es ihnen paßt. Frech legen si „Einspruch" ein, gegen den Ba eines Flughafens durch Norwege und die Verstärkung des Tourismus weil Spitzbergen angeblich zu „maritimen Sicherheitszone de UdSSR" gehört.

Die habgierigen Aktivitäten de russischen Sozialimperialisten, un Spitzbergen unter ihre Kontrolle z bekommen, gingen sogar so wei daß sie versuchten, im vergangene Jahr während eines offiziellen Besu ches der norwegischen Regierung i der Sowjetunion, in das gemeinsa me Kommunique einen Passus übe die „gemeinsame Verantwortlich keit" auf Spitzbergen einzuschmu geln, was ihnen jedoch nicht gelu gen ist.

All dies ruft bereits den wac senden Zorn der norwegische Volksmassen hervor. In dieser Sit ation hat die Kommunistische A beiterpartei Norwegens/Marxiste Leninisten alle wirklichen Antiim perialisten Norwegens aufgerufe ihre Wachsamkeit gegenüber de russischen Sozialimperialisten z erhöhen und sich im Kampf gege die beiden Supermächte, die ame kanischen Imperialisten und die ru sischen Sozialimperialisten, eng zusammenzuschließen.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Organ der Volksmacht in Vientiane errichtet

Laos ist befreit!

Fortsetzung von Seite 1

Laos ist ein kleines Land der 3. Welt in Indochina, es zählt nur etwas mehr als drei Millionen Einwohner. Aber dieses Volk hat eine gewaltige Kraft entwickelt. Es hat die französischen Kolonialisten mit der Waffe in der Hand besiegt und fast 30 Jahre lang den revolutionären Volkskrieg gegen die amerikanischen Imperialisten geführt, die die Früchte des Sieges des laotischen Volkes gegen die französischen Kolonialisten an sich gerissen hatten.

Im Feuer des revolutionären Volkskrieges hatte das laotische Volk eine revolutionäre Führung, die Laotische Patriotische Front, und es schuf sich seine revolutionäre Befreiungsarmee, den bewaffneten Arm der Volksrevolution. Im Feuer des revolutionären Volkskrieges zerbrach die Macht der amerikanischen Imperialisten, und er mußte sich mehrmals in den vergangenen dreißig Jahren bereit erklären, Abkommen darüber abzuschließen, seine Aggression gegen das laotische Volk einzustellen, so zuletzt im Abkommen von Vientiane aus dem Jahr 1973. Aber für die amerikanischen Imperialisten waren all diese Abkommen immer nur ein Mittel, um neue Kräfte zu schöpfen, um Komplotte zu schmieden, um erst heimlich und dann offen die Abkommen zu brechen und ihre Aggression fortzusetzen.

1949 schrieb Genosse Mao Tsetung über die amerikanischen Imperialisten: **„Unruhe stiften, scheitern, abermals Unruhe stiften, wieder scheitern und so weiter bis zu ihrem Untergang – das ist die Logik der Imperialisten und aller Reaktionäre in der Welt dem Anliegen des Volkes gegenüber, und sie werden niemals gegen diese Logik verstoßen. Das ist ein Gesetz des Marxismus. Wenn wir sagen ‚Der Imperialismus ist bestialisch', so meinen wir, daß sich sein Wesen nicht ändern kann, daß die Imperialisten bis zu ihrem Untergang ihr Schlachtmesser nie aus der Hand geben werden, sich nie in Buddhas verwandeln können. Kämpfen, unterliegen, nochmals kämpfen, wieder unterliegen, erneut kämpfen und so weiter bis zum Sieg – das ist die Logik des Volkes, und auch das Volk wird niemals gegen diese Logik verstoßen. Das ist ein anderes Gesetz des Marxismus."** (Ausgewählte Werke, Bd. 4, S. 457). Kaum war z. B. das Abkommen vom Juli 1962 unterzeichnet worden, in dem sich die amerikanischen Imperialisten verpflichteten, die Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit, territoriale Integrität und Neutralität von Laos zu garantieren, begannen sie schon im November desselben Jahres, Teile der befreiten Gebiete des Landes anzugreifen und zu überfallen, um in den kommenden Jahren den wütendsten und grausamsten Aggressionskrieg gegen das laotische Volk zu entfesseln. Es wird noch lange dauern, bis das laotische Volk die Verwüstungen, die die amerikanischen Imperialisten in diesem Krieg angerichtet haben, beseitigt haben. In Sam Neua z. B., der Hauptstadt der befreiten Gebiete, blieb, wie in der ganzen umliegenden Provinz, kein Stein auf dem anderen. Die Verwaltungen, Fabriken, ja sogar die Wohnhäuser mußten alle in die Berge und den Boden eingegraben werden. Die fruchtbare Ebene der Tonkrüge z. B. war einst die Heimat von 17000 Menschen. Heute leben dort nur noch einige hundert Bauern. Von den Tausenden von Wasserbüffeln und Ochsen, die zur Feldbestellung dringend notwendig sind, blieben ganze 70 am Leben, alle anderen wurden von Bomben zerfetzt. Die Felder selbst sind mit Bombentrichtern übersät, mit Splittern und einer großen Zahl von Blindgängern, die noch heute Todesopfer fordern. Das sind einige Beispiele der Verwüstungen, die die amerikanischen Imperialisten im ganzen Land angerichtet haben.

Das laotische Volk aber hat nie die Waffen gestreckt. In einer Front mit den Brudervölkern von Vietnam und Kambodscha kämpfend, schlug es den Feind aufs Haupt. Im langen, harten Kampf, unter großen Opfern und nach der Überwindung großer Schwierigkeiten hat es den Sieg errungen, weil es den Mut hatte, sich zu erheben, weil es auf seine eigenen Kräfte und nicht auf die Vernunft der Imperialisten vertraute.

Das laotische Volk hat auch jetzt, ebenso wie es in den sechziger und Anfang der siebziger Jahre den Aggressionskrieg der amerikanischen Imperialisten mit einer Verstärkung des revolutionären Volkskrieges beantwortet, den Bruch und die Sabotage des Abkommens von Vientiane durch die amerikanischen Imperialisten und ihre Lakaien, die ultrareaktionären Landesverräter, mit der Erweiterung des Volkskrieges beantwortet. Am 27. Juni erklärte die Laotische Patriotische Front: **„Als Resultat der Sabotagetätigkeiten der USA-Imperialisten und der laotischen Ultrareaktionäre ist der Frieden in unserem Land bedroht, die Verwirklichung der nationalen Eintracht blockiert und die Bevölkerung im Gebiet unter der Kontrolle von Vientiane lebt in Hunger und Elend. Sie ist aller demokratischen Rechte beraubt. Die breiten Massen, die Polizisten und Soldaten erheben sich zum Kampf, weil es keinen anderen Ausweg gibt."**

Die kleine Clique der Ultrareaktionäre in Laos stand vollständig in den Diensten der USA. Zusätzlich zu dem „Recht" das Volk auszuplündern, flossen in ihre Taschen die „Hilfen" und „Spenden", Millionen Dollars, wie Bankauszüge beweisen, die der Volksmacht jetzt in die Hände gefallen sind. Diese Landesverräter waren zu jedem Dienst bereit, wie das Beispiel einer „Blindenschule" in Vientiane zeigt, deren wirklicher Zweck jetzt von der Volksmacht entdeckt wurde. Inhaber dieser Schule war ein australischer Agent des CIA. An dieser Schule gab es keine Lehrer, wohl aber ein elektronisches Zentrum zum Abhören von Funksprüchen, Telephongesprächen usw. Weiter gab es ein vollständig ausgerüstetes Laboratorium zur Umwandlung von Opium in Heroin, das von hier aus mit Flugzeugen des CIA in alle Welt verschickt wurde. Den Grund und Boden aber, auf dem diese „Schule" stand, stellte der Landesverräter Champassak, ehemaliger Verteidigungsminister, zur Verfügung.

Mit solchen Methoden versuchten die amerikanischen Imperialisten und die rechten Landesverräter einen Putsch gegen die Provisorische Regierung der nationalen Einheit vorzubereiten, in der verzweifelten Hoffnung, einem ähnlichen Schicksal wie in Kambodscha und Vietnam zu entgehen. Dieses Komplott aber ist an der revolutionären Entschlossenheit und Wachsamkeit der Laotischen Patriotischen Front und des ganzen Volkes mit Schimpf und Schande gescheitert.

Innerhalb von knapp drei Monaten erhoben sich die Arbeiter, die Bauern, die Soldaten der Marionettenarmee und die Polizisten, die Studenten und patriotischen Intellektuellen im ganzen Land in den noch von den Landesverrätern beherrschten Gebieten und zerschlugen die neokolonialistische Ausbeuter- und Unterdrückerherrschaft im gemeinsamen Kampf mit der revolutionären Befreiungsarmee. Es war überall so ähnlich wie in Vientiane. Als dort am 23. August ein Frauenbattaillon der Befreiungsarmee siegreich in die Stadt einzog, war die ganze Bevölkerung auf den Beinen, um sie als Befreier willkommen zu heißen. Die Frauen der Stadt überreichten ihnen Blumen und schmückten sie mit Girlanden, tanzten, schlugen die Trommeln und riefen immer wieder: „Ein ganz, ganz herzliches Willkommen den Kämpferinnen der Volksstreitkräfte."

Kambodscha, Vietnam, Laos – die Völker sind unbezwingbar, in ihnen steckt eine gewaltige Kraft. Der Sieg der Revolution in Laos ist dafür ein glänzendes Beispiel. Es sind die russischen Sozialimperialisten und ihre Sprachrohre die modernen Revisionisten, die sich jetzt bemühen, gerade diese Tatsache zu verdunkeln und die Siege der indochinesischen Völker ihrer „Hilfe" und „Unterstützung" zuschreiben, um sich, als „Freund" getarnt, um so besser die Früchte der Revolution der Völker zu ernten und ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu erdrosseln.

Die russischen Sozialimperialisten wollen in Indochina in die Fußstapfen der amerikanischen Imperialisten treten. Nichts fürchten sie daher so sehr, wie die revolutionäre Wachsamkeit und Entschlossenheit des Volkes, gestützt auf seine eigenen Kräfte und im Bewußtsein seiner Kraft, seine eben gewonnene Unabhängigkeit und Freiheit gegen jeden Feind zu verteidigen. Ihre revisionistische Propaganda dient gerade dazu, die Flamme der Revolution auszulöschen. Dies aber ist eine vergebliche Hoffnung. Die Völker erkennen immer besser die wirkliche imperialistische Natur der Neuen Zaren im Kreml und sind entschlossen, an der Revolution festzuhalten. So erklärte die Laotische Patriotische Front gerade: „Unser Land hat das Joch des amerikanischen Neokolonialismus und der Landesverräter endlich abgeschüttelt. Um seine Unabhängigkeit in der Wirtschaft und auf anderen Gebieten zu erringen, muß unser Volk Selbständigkeit an den Tag legen und sich auf die eigenen Kräfte stützen, damit aus Laos ein freies Land ohne Kolonialherrschaft und mit einer fortgeschrittenen Wirtschaft werde."

Für die Völker der ganzen Welt ist der Erfolg der laotischen Revolution eine große Freude. Für den Imperialismus aber, vor allem die beiden Supermächte – und mag die eine auch noch so krampfhaft lächeln – und alle Reaktionäre ist der Sieg des laotischen Volkes ein weiterer Schlag auf dem Weg zu ihrem vollständigen Untergang.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA UND VIETNAM!

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA/ VIETNAM

30 Jahre Demokratische Republik Vietnam

Am 2. September 1945, nach 80 Jahren harten Kampfes des ganzen vietnamesischen Volkes gegen den französischen und japanischen Imperialismus, verkündete Präsident Ho Tschi Minh in Hanoi feierlich die Gründung der Demokratischen Republik Vietnam. Das ganze vietnamesische Volk feiert nun voller Freude den 30. Jahrestag der Gründung und zugleich den größten Triumph in seiner ganzen bisherigen Geschichte, den Sieg im revolutionären Volkskrieg gegen die amerikanischen Imperialisten, die vollständige Befreiung seines Vaterlandes.



Präsident Ho Tschi Minh ruft am 2. September 1945 die Demokratische Republik Vietnam aus.

Geführt von der Partei der Werktätigen Vietnams hat die Bevölkerung der DRV unter den schwierigen Bedingungen des Aggressionskrieges der amerikanischen Imperialisten Heldentaten beim Aufbau des Sozialismus vollbracht und war immer das sichere Hinterland, die feste Stütze der kämpfenden Landsleute im Süden. Alle Völker der Welt hat der heldenhafte Kampf des vietnamesischen Volkes mit Bewunderung erfüllt. Sein historischer Sieg ist eine große Quelle der Begeisterung für alle Völker, die für die Freiheit und Unabhängigkeit, gegen den Imperialismus und vor allem gegen die beiden Supermächte, die amerikanischen Imperialisten und die russischen Sozialimperialisten, kämpfen. „Vietnam", erklärte Präsident Ho Tschi Minh am 2. September 1945 feierlich, „hat das Recht, ein freies und unabhängiges Land zu sein – und ist es in der Tat auch bereits. Das ganze vietnamesische Volk ist entschlossen, alle seine körperlichen und geistigen Kräfte zu mobilisieren, sein Leben und seinen Besitz zu opfern, um die Unabhängigkeit und die Freiheit zu schützen."

ES LEBE DIE DEMOKRATISCHE REPUBLIK VIETNAM!
ES LEBE DAS HEROISCHE VIETNAMESISCHE VOLK!

Aus aller Welt

MOZAMBIK

Das Präsidentialamt Mozambiks veröffentlichte unlängst ein Kommunique, in dem die Kämpfer und Kader der Befreiungsfront Mozambiks, der FRELIMO, aufgerufen werden, die im nationalen Befreiungskampf entfalteten wertvollen Traditionen weiterzuführen. Die militärische Niederlage des Feindes zwingt ihn, uns durch seine Lebensweise zu schaden, indem er sich bemüht, die Trennungslinie zwischen uns und dem Feind zu verdunkeln und zu verwischen. Weiter betont das Kommunique, daß das Volk Mozambiks keine Handlungen dulden kann, die den imperialistischen Eindringlingen in seine Reihen Tür und Tor öffnen. Die Kader und Kämpfer der Frelimo, heißt es zum Schluß des Kommuniques, dürfen sich nicht durch die verzukkerten Kugeln des Feindes unterkriegen lassen und müssen sich den Gebräuchen und der Korruption, die vom Kolonialismus überliefert sind, widersetzen.

ITALIEN

Über 10000 Eisenbahner Italiens riefen einen Streik aus, um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu fordern. Durch den Streik mußten zahlreiche Züge abgesagt werden, und viele weitere Züge verspäteten sich. Infolge des Streiks ist der Eisenbahnverkehr besonders in Rom, Neapel, Palermo usw. lahmgelegt worden. Hunderte Streikende strömten auf die Straßen Neapels, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. **Um sie auseinanderzutreiben, wurden große Polizeikräfte aufgeboten, die Tränengasbomben einsetzten. Um sich vor der Gewalt der Polizisten zu schützen, gebrauchten die Streikenden bei ihrer Demonstration Steine, Knüppel und andere Gegenstände.** Die im Dienst der italienischen Bourgeoisie und Revisionisten stehenden Gewerkschaftsführer versuchten, den Streik zu verhindern. Doch die Arbeiter ließen sich auf ihre Manöver und Kompromisse nicht ein.

NORWEGEN

Die Kommunistische Arbeiterpartei Norwegens/ML, die Kommunistische Studentenliga und die Rote Jugend Norwegens hatten am 21. August in Oslo und 12 weiteren Städten des Landes zu Protestversammlungen und Demonstrationen aufgerufen, um den Überfall der russischen Sozialimperialisten auf die Tschechoslowakei vor 7 Jahren zu verurteilen. Allein in Oslo beteiligten sich an der Protestversammlung mehr als 2600 Menschen, die dem tschechoslowakischen Volk ihre volle Unterstützung in seinem Kampf gegen die sozialimperialistischen Besatzer und ihre revisionistischen Quislinge ausdrückten. Anschließend zogen die Demonstranten vor die sowjetische Botschaft, wo sie unter anderem Parolen riefen wie: „Sowjetische Truppen raus aus der Tschechoslowakei!" und „Nieder mit den Neuen Zaren!"

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38,5 Meter
Im Sommer	26,2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.

32 Meter entspricht 9,26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)

2000 Freunde und Genossen beim Kongreß der ROTEN GARDE

Vorwärts mit der ROTEN GARDE!

Ein großes Transparent an der Autobahnbrücke über der Einfahrt nach Offenbach wies jeden darauf hin, der nach Offenbach kam: Kommt zum Kongreß der ROTEN GARDE, der Jugendorganisation der KPD/ML. 2000 Teilnehmer versammelten sich im Anschluß an die Demonstration zum Roten Antikriegstag in der Stadthalle Offenbach zum Kongreß der ROTEN GARDE, „Jugend gegen imperialistischen Krieg".

Mit dem Einzug des Hamburger Spielmannszuges in die Stadthalle begann der Kongreß. Unter frenetischem Beifall der Teilnehmer, die sich vor Begeisterung von ihren Stühlen erhoben, nahm das Präsidium des Kongresses, darunter Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML sowie Delegationsteilnehmer ausländischer Bruderorganisationen der ROTEN GARDE seinen Platz ein. „Vorwärts mit der ROTEN GARDE! Vorwärts mit der KPD/ML" erschallte es immer wieder. Der Kongreß war offiziell eröffnet.

Es folgte die Begrüßung der Teilnehmer des Kongresses, besonders des Genossen Ernst Aust und der ausländischen Delegationen, immer wieder unterbrochen durch begeisterte Sprechchöre: „Hoch die internationale Solidarität!" Im Präsidium hatten die Genossen folgender ausländischer Delegationen Platz genommen: Der Genosse Pierre Burnand, Vorsitzender des Kommunistischen Jugendverbandes Frankreichs/Marxisten-Leninisten, ein Vertreter der jugendlichen Genossen der Kommunistischen Partei Belgiens/Marxisten-Leninisten sowie eine Genossin der Roten Jugend, des Jugendverbandes der Kommunistischen Arbeiterpartei Norwegens. Direkt aus Spanien war auch eine Delegation des Kommunistischen Jugendverbandes Spaniens/Marxisten-Leninisten zu dem Kongreß gekommen. Weiterhin war eine Delegation der iranischen marxistisch-leninistischen Organisation Toufahn eine Delegation der türkischen revolutionären Studentenorganisation ATÖF, eine Delegation der iranischen Studentenorganisation FIS, eine Delegation der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS sowie eine Delegation des KJVD, Jugendorganisation der Gruppe Rote Fahne erschienen.

Nach der Begrüßung der Teilnehmer des Kongresses wurde eine Grußbotschaft des Jugendverbandes der Partei der Arbeit Albaniens verlesen. Zweitausend Menschen erwiderten den Gruß des Jugendverbandes der Partei der Arbeit Albaniens mit der Parole: „Rrofte Shoku Enver Hoxha! – Es lebe der Genosse Enver Hoxha!"

Im Anschluß an die Rede des Genossen Ernst Aust wurden von anwesenden ausländischen Delegationen Grußbotschaften vorgetragen. Grußbotschaften an den Kongreß sandten auch folgende Bruderorganisationen und befreundete Organisationen: der Jugendverband der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten, die Rote Jugend, Jugendverband der Kommunistischen Partei Schwedens, die marxistisch-leninistischen Gruppen Finnlands sowie die Union der revolutionären Jugend der Türkei.

Mit großem Beifall, unterbrochen von Sprechchören „Freiheit für die Kämpfer des Roten Antikriegstages" wurde auch eine Grußbotschaft der Genossen Hubert und Peter verlesen, die sie aus dem Gefängnis an den Kongreß geschickt hatten. Zugleich gab es auf dem Kongreß Solidaritätspostkarten an die vier gefangenen Genossen des Roten Antikriegstages zu kaufen, auf denen ein Scherenschnitt gedruckt war, den Genosse Hubert im Gefängnis angefertigt hat. Der Erlös der Postkarten dient dem Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz.

Eine Sammlung, die für den weiteren Aufbau der ROTEN GARDE durchgeführt wurde, ergab auf dem Kongreß 5400 DM. Zum Abschluß des ersten Kongreßtages wurde eine Botschaft des Kongresses an den Genossen Sascha verabschiedet. 1300 Genossen und Freunde der ROTEN GARDE verbrachten die Nacht anschließend in einem riesigen Zeltlager, das die ROTE GARDE in der Nähe Offenbachs organisiert hatte.

Am Sonntagmorgen hielt Genosse Ernst Aust den zweiten Teil seiner Rede über die Jugend. Der folgende zentrale Beitrag war die Rede der ROTEN GARDE. Nach dem anschließenden Agit-Prop-Stück des Hamburger AP-Trupps „Rotes Sprachrohr" zum Kampf gegen die Kriegsgefahr durch die beiden imperialistischen Supermächte war ein weiterer Höhepunkt die Auszeichnung der zwei aktivsten Grundorganisationen der ROTEN GARDE, die den Ehrennamen der im Kampf gegen den Hitlerfaschismus gefallenen hervorragenden jugendlichen albanischen Partisanen Qemal Stafa und Geschwister Tutulani erhielten. Ausgezeichnet wurden die ROTE GARDE Buxtehude und die ROTE GARDE Bochum. Sie versicherten, dies als Ansporn zu nehmen, um ihre Anstrengungen im Dienste der proletarischen Revolution ständig weiter zu erhöhen. Eine Auszeichnung erhielt auch die ROTE GARDE Frankfurt, die zu der hervorragenden Organisierung dieses Jugendkongresses einen großen Beitrag geleistet hat.

Große Freude herrschte unter den Kongreßteilnehmern, als zu ihnen über ein Tonband die Stimme des Genossen Sascha Haschemi sprach, der wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag den Henkern des Schahregimes ausgeliefert werden soll und der mit der Partei seit zwei Jahren aus der Illegalität um seine Einbürgerung kämpft. Ebenso wurde die Rede des Genossen Paul Pittam aufgenommen, der von den Behörden der westdeutschen Bourgeoisie als treuer Kämpfer der Partei nach England abgeschoben werden soll.

Als der Kongreß mit dem Singen der Internationale am Sonntag abgeschlossen worden war, da waren sich die Teilnehmer sicher: Dieser Kongreß hat die Reihen der ROTEN GARDE noch fester zusammengeschmiedet und wird dem Kampf der deutschen Jugend für die proletarische Revolution, gegen die wachsende Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte großen Aufschwung geben. Er war zugleich ein Beitrag, der die enge Verbundenheit der marxistisch-leninistischen Parteien Westeuropas zum Ausdruck brachte und die Einheit noch mehr gefestigt hat.

(Ein ausführlicher Bericht folgt in der nächsten Ausgabe der ROTEN GARDE, die als Beilage zum ROTEN MORGEN erscheint)



2000 Genossen und Freunde besuchten den Kongreß der Roten Garde in Offenbach.

Präsidiumstisch des Kongresses: links Genosse Ernst Aust, dritter v. l. die Vertreterin des norwegischen Jugendverbandes der AKP/ML, rechts davon der Vertreter der jugendlichen Genossen der KP Belgiens/ML, zweiter von r. der Vorsitzende des kommunistischen Jugendverbandes Frankreichs/ML, Genosse Pierre Burnand.

Eine machtvolle Demonstration

Roter Antikriegstag 1975

Über 5 000 Menschen reihten sich in die Demonstration zum Roten Antikriegstag 75 in Frankfurt ein, der so zu einem machtvollen Kampftag gegen den imperialistischen Krieg wurde. Außer der Partei und der Roten Garde und der GRF (KPD) mit den ihr befreundeten Organisationen nahmen zahlreiche ausländische Organisationen an der Demonstration teil. Die revolutionären Losungen gegen den imperialistischen Krieg und vor allem gegen die beiden Supermächte zeigen die wachsende Klarheit und Geschlossenheit der revolutionären Bewegung unseres Landes in dieser Frage.

An der Spitze des Blocks der Partei marschierte der Hamburger Spielmannszug, der auf großen Beifall bei der Bevölkerung stieß. In einem geschlossenen Block trugen die AP-Trupps der Partei mit blauen Hemden und rotem Halstuch die roten Fahnen mit dem gelben Stern mit Hammer, Sichel und Gewehr voran. An mehreren Plätzen hielt der Demonstrationszug zu kurzen Zwischenkundgebungen an, auf denen die wachsende Kriegsgefahr durch die Rivalität der zwei Supermächte erläutert und zum Kampf dagegen aufgerufen wurde.

Die Rote Hilfe Deutschlands nahm ebenfalls mit einem eigenen Block an der Demonstration teil. Im Mittelpunkt ihrer Agitation an diesem Tag stand die Forderung: „Freiheit für die Kämpfer des Roten Antikriegstages!" Die Genossen führten ein großes Transparent mit den Portraits der Genossen Bernd Reisser, Peter Bayer, Hubert Lehmann und Georg Schmidt, die wegen ihres Kampfes gegen den imperialistischen Krieg im Gefängnis sind, mit.

In der Rede der Partei auf der Schlußkundgebung wurde noch einmal die Notwendigkeit des Kampfes gegen die beiden Supermächte betont, wobei unterstrichen wurde, daß man sich dabei im Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus auf keinen Fall auf den USA-Imperialismus stützen darf. Der Redner der Partei stellte auch klar, daß der westdeutsche Imperialismus ein Todfeind der Arbeiterklasse und des gesamten deutschen Volkes ist, mit dem es kein Bündnis und keinen Burgfrieden geben kann. Er wies eindringlich auf den untrennbaren Zusammenhang zwischen dem Kampf für nationale Einheit und Unabhängigkeit und den Kampf für die sozialistische Revolution hin. Der Kampf für die nationalen Interessen unseres Volkes ist ein wichtiger Hebel für die sozialistische Revolution, darf dieser aber nicht übergeordnet werden.

Auch Genosse Heinz Hutter, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros der GRF, vertrat in seiner Rede auf der Kundgebung die revolutionären Positionen, wie sie in der gemeinsamen Erklärung der Aktionseinheit niedergelegt sind. Dagegen stellte der Redebeitrag von einigen wenigen Dutzend Leuten aus Frankfurt, Bochum und Aachen, die die Frechheit besitzen, sich Marxisten-Leninisten zu nennen, eine Beleidigung für die revolutionäre Linie dieser Kundgebung dar. Offen propagierte der Vertreter dieser Organisation, der schon vor Beginn der Demonstration Transparente und Schilder, die zum Burgfrieden mit dem westdeutschen Imperialismus aufriefen, entrissen werden mußten, die sozialchauvinistische Unterstützung des westdeutschen Imperialismus und das Bündnis mit der Supermacht USA. Es ist die objektive Funktion dieser Leute, deren ganzes Handeln von der Furcht vor der proletarischen Revolution bestimmt ist, den Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus zu desavouieren und so dem modernen Revisionismus in die Hände zu spielen. Diese Leute konnten sich nur in die Aktionseinheit einschleichen, indem sie ihre offen reaktionären Anschauungen verheimlichten und vorgaben, den westdeutschen Imperialismus im Geiste der gemeinsamen Erklärung ebenfalls als Feind bekämpfen zu wollen. Die gesamte Kundgebung, sowohl unsere Partei als auch die Genossen der GRF, haben diesen Leuten eine klare und nicht zu überhörende Absage erteilt. Das ist ein klarer Ausdruck für den revolutionären Charakter der Aktionseinheit, den auch diese Provokateure natürlich nicht zerstören konnten.

Zum erstenmal bei einer zentralen Aktionseinheit brandeten auf der Schlußkundgebung des diesjährigen Roten Antikriegstages Sprechchöre zur Einheit der Marxisten-Leninisten auf. Und der Sprecher unserer Partei begrüßte diesen klaren Ausdruck der Entschlossenheit, auf dem Weg zur Einheit der Marxisten-Leninisten in der bolschewistischen Partei voranzuschreiten.

Natürlich blieben auch Provokationen seitens des Staatsapparates nicht aus. Aufgrund solcher Polizeiprovokationen wurden einige Genossen festgenommen, die teilweise erst am nächsten Tag wieder freigelassen wurden. Die Polizei hatte zwar Wasserwerfer aufgefahren, die teilweise sogar der Demonstration folgten, aber sie wagte es nicht, diese machtvolle Demonstration anzugreifen. Mit dem Gesang der Internationale fand diese Demonstration zum Roten Antikriegstag ihren Abschluß.